

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

[2017/203993]

26. JUNI 2017 — Dekret über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2017 (1)

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL 1 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens

Artikel 1 - In Artikel 16 § 1 Buchstabe A Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, ersetzt durch das Dekret vom 19. März 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird jeweils die Wortfolge "von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union" durch die Wortfolge "von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften" ersetzt.

Art. 2 - Artikel 17 des Königlichen Erlasses vom 15. April 1958 über das Besoldungsstatut des Lehr- und wissenschaftlichen sowie des ihm gleichgestellten Personals des Ministeriums des Unterrichtswesens, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Folgender Paragraph 4.1 wird eingefügt:

«§ 4.1 - Bei Personalmitgliedern, die ein Auswahl- oder Beförderungsamt bekleiden, werden die ab dem Alter von 20, 21, 22, 23 oder 24 Jahren im Rahmen eines Arbeitsvertrags bei einem privaten Arbeitgeber im In- oder Ausland geleisteten effektiven Dienste sowie die als Selbstständiger oder Freiberufler geleisteten Dienste berücksichtigt.

Teilzeitige Beschäftigungsverhältnisse werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.»

2. In Paragraph 5, eingefügt durch das Dekret vom 19. März 2012 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Angabe "2 und 4" durch die Angabe "2, 4 und 4.1" ersetzt.

Art. 3 - In Titel II Kapitel II desselben Königlichen Erlasses wird folgender Artikel 40ter eingefügt:

«Art. 40ter - In Abweichung von Artikel 17bis erfolgt die Anerkennung der in Artikel 17 § 4.1 Absatz 1 angeführten Dienste bei Personalmitgliedern, die am 31. August 2017 ein Auswahl- oder Beförderungsamt bekleiden, zum 1. September 2016, insofern ein datierter und unterzeichneter Antrag mitsamt den erforderlichen Dienstbescheinigungen bei der Unterrichtsverwaltung eingereicht wird.»

KAPITEL 2 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen

Art. 4 - In Artikel 7 Buchstabe *a*) des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht dieser Einrichtungen, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgende Nummer 8.1 eingefügt:

«8.1. Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen;»

KAPITEL 3 — Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes

Art. 5 - Artikel 16 des Königlichen Erlasses vom 22. März 1969 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate sowie der Personalmitglieder des mit der Aufsicht über diese Einrichtungen beauftragten Inspektionsdienstes, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe *g*) eingefügt:

«*g*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 6 - In Artikel 17 Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird folgender Satz eingefügt:

«Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Dienstage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt.»

Art. 7 - Artikel 39 desselben Königlichen Erlasses, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe *g*) eingefügt:

«*g*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 26. Juni 2006 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "ernennen lassen möchten" folgende Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

4. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 8 - In Artikel 41 Absatz 3 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "ernannt worden sind" die Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 9 - Artikel 91*octies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "168 Nummer 2" durch die Zahl "168" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Bestimmungen von § 1" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 91*septies* § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 169 Nummern 2-4" ersetzt.

Art. 10 - Artikel 91*decies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Während der Bezeichnung als Fachbereichsleiter erhält er" durch die Wortfolge "Während der Ausübung des Amtes erhält der Fachbereichsleiter" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist," ersetzt.

Art. 11 - In Artikel 91*viciester* Absatz 2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge "Artikel 91*octies* § 1 Absatz 1" durch die Wortfolge "Artikel 91*octies* § 1 Absatz 1 und § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 12 - Artikel 121*septies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Wortfolge "168 Nummer 2" durch die Zahl "168" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Paragraph 1 gilt" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 121*sexies* § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 169 Nummern 2-4 gelten" ersetzt.

Art. 13 - Artikel 121*nonies* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absätze 1 und 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "Bezeichnung" jeweils durch die Wortfolge "Ausübung seines Amtes" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Handelt es sich um ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 14 - In das Kapitel XI*bis* desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 169*undecies* eingefügt:

«Art. 169*undecies* - Artikel 16 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *g*) und Artikel 39 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *g*) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 17 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen.»

KAPITEL 4 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate*

Art. 15 - In Artikel 3 letzter Absatz des Königlichen Erlasses vom 22. April 1969 zur Festlegung der erforderlichen Befähigungsnachweise der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungshilfspersonals, des paramedizinischen und des sozialpsychologischen Personals der Einrichtungen des staatlichen Vor-, Primar-, Förder- und Mittelschulwesens, des technischen Unterrichts, des Kunstunterrichts und des Normalschulwesens und der von diesen Einrichtungen abhängenden Internate, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

Art. 16 - In Artikel 14 desselben Königlichen Erlasses, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 25. Juni 2012, wird folgende Nummer 9 eingefügt:

«9. Förderpädagogischer Koordinator im Förderschulwesen:

9.1. Der Betreffende erfüllt folgende Bedingungen:

9.1.1. Inhaber eines der folgenden Studiennachweise sein:

- 9.1.1.1. Diplom eines Primarschullehrers,
- 9.1.1.2. Diplom eines Lehrbefähigten für die Unterstufe des Sekundarunterrichts,
- 9.1.1.3. Diplom eines Lehrbefähigten für die Oberstufe des Sekundarunterrichts,
- 9.1.1.4. Graduat oder Bachelor als Erzieher,
- 9.1.1.5. Lizenz oder Master in Erziehungswissenschaften,
- 9.1.1.6. Lizenz oder Master in Psychopädagogik,
- 9.1.1.7. Lizenz oder Master in Pädagogik,
- 9.1.1.8. Lizenz oder Master in Psychologie,
- 9.1.1.9. Lizenz, Master, Graduat oder Bachelor als Logopäde,
- 9.1.1.10. Graduat oder Bachelor als Ergotherapeut,
- 9.1.1.11. Graduat oder Bachelor als Sozialassistent,

9.1.2. ergänzt durch eine Zusatzausbildung in Förderpädagogik in einem Umfang von mindestens 15 ECTS; dies gilt nicht für die in den Nummern 9.1.1.9 und 9.1.1.10 angeführten Studiennachweise,

9.1.3. ergänzt durch zwei Jahre Berufserfahrung, die in einer Förderschule oder einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf im In- oder Ausland erbracht wurden; zur Ermittlung der beiden Jahre werden Kalender- und/oder Schuljahre berücksichtigt, in denen das Personalmitglied mindestens halbezeitig in der jeweiligen Einrichtung beschäftigt war, oder

9.2. Lizenz oder Master in Förder-, Heil- oder Orthopädagogik oder ein Nachweis, der von der Regierung als gleichwertig anerkannt wird. Als erforderlicher Befähigungsnachweis gilt ebenfalls jedes Diplom, das nach erfolgreichem Abschluss einer Ausbildung des Hochschulwesens des zweiten Grades ausgestellt wurde, deren Hauptkurse mit dem Amt des Förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen im Zusammenhang stehen. Die Regierung entscheidet in diesem Fall auf der Grundlage eines Gutachtens der Schulinspektion, ob das Diplom zur Ausübung des Amtes befähigt.»

Art. 17 - Artikel 15 Nummer 2 desselben Königlichen Erlasses wird wie folgt ersetzt:

«2. Krankenpfleger:

- a) Graduat oder Bachelor in Krankenpflege,
- b) Brevet in Krankenpflege.»

Art. 18 - In Artikel 17.1 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2019" ersetzt.

Art. 19 - In Artikel 17.2 desselben Königlichen Erlasses, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Zahl "2017" durch die Zahl "2019" ersetzt.

KAPITEL 5 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft*

Art. 20 - In Artikel 4 § 1 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 25. Oktober 1971 zur Festlegung des Statuts der Primarschullehrer, Lehrer und Inspektoren für katholische, protestantische, israelitische, orthodoxe, islamische und anglikanische Religion in den Lehranstalten der Deutschsprachigen Gemeinschaft, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

Art. 21 - Buchstabe A) § 3 Buchstabe f) des Anhangs desselben Königlichen Erlasses, aufgehoben durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt wieder eingesetzt:

«f) ein Diplom des Hochschulwesens des ersten Grades, ergänzt um den Nachweis über das Bestehen einer vom Kultusträger anerkannten und mindestens 130 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in katholischer Religion;»

KAPITEL 6 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen*

Art. 22 - In Artikel 3 Absatz 2 des Königlichen Erlasses vom 20. Juni 1975 über die für ausreichend erachteten Befähigungsnachweise im Vor- und Primarschulwesen, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

KAPITEL 7 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen*

Art. 23 - In Artikel 3 § 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den freien subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, das psycho-pädagogische Postsekundarschuljahr einbegriffen, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

KAPITEL 8 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird*

Art. 24 - In Artikel 3 § 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel im Sekundarunterricht, der in den offiziellen subventionierten Unterrichtsanstalten des Mittel- und Normalschulwesens erteilt wird, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

KAPITEL 9 — *Abänderung des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens*

Art. 25 - In Artikel 3 § 3 des Königlichen Erlasses vom 30. Juli 1975 über die für ausreichend erachteten Titel in den subventionierten Unterrichtsanstalten des technischen und beruflichen Sekundarschulwesens mit vollem Lehrplan und des Fortbildungsschulwesens, eingefügt durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird das Wort "Konformitätsbescheinigung" durch die Wortfolge "Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung" ersetzt.

KAPITEL 10 — *Abänderung des Gesetzes vom 19. Juli 1983 über die Industrielhre*

Art. 26 - Artikel 49 § 1 Absatz 3 des Gesetzes vom 19. Juli 1983 über die Industrielhre, ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 4 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 5 wird eingefügt:

«5. Experten, die der Industrielhrvertragskommission zur Erfüllung ihrer Aufgaben nützlich erscheinen.»

KAPITEL 11 — *Abänderung des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden*

Art. 27 - Artikel 5^{quater} des Dekrets vom 27. Juni 1990 zur Bestimmung der Weise, wie die Dienstposten für das Personal im Förderschulwesen festgelegt werden, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird aufgehoben.

Art. 28 - Artikel 5^{quinquies} desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 24. Juni 2013 und ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Zahl "11,5" wird durch die Zahl "12" ersetzt.

2. Folgender Absatz 2 wird eingefügt:

«Der Direktor des Zentrums für Förderpädagogik kann in Anwendung von Artikel 25.1 maximal den Gegenwert einer Vollzeitstelle des gemäß Absatz 1 gewährten Stellenkapitals verwenden, um Honorarkräfte einzustellen.»

Art. 29 - Artikel 31^{ter} desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 25. Oktober 2010, wird aufgehoben.

Art. 30 - Artikel 34.2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012 und aufgehoben durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt wieder eingesetzt:

«Art. 34.2 - Unterstützung der Förderung von Schülern mit sonderpädagogischem Förderbedarf in Förderschulen

§ 1 - Zur Unterstützung der förderdiagnostischen Befähigung und zur Erweiterung der förderpädagogischen Kompetenzen in den Förderschulen werden dem Förderschulwesen 16 Viertelstellen zur Verfügung gestellt.

Jeder Schulträger des Förderschulwesens erhält eine bestimmte Anzahl Viertelstellen, die gemäß folgender Formel berechnet wird:

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = Anzahl der gemäß Absatz 1 dem Förderschulwesen zur Verfügung gestellten Viertelstellen

B = Anzahl Schüler in den Förderschulen des Schulträgers

C = Gesamtanzahl Schüler in den Förderschulen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Entspricht die erste Dezimalzahl einem Wert, der kleiner ist als 5, wird auf die nächste Viertelstelle abgerundet. Ab einem Wert von 5 wird auf die nächste Viertelstelle aufgerundet.

§ 2 - Stichtag für die Berechnung ist der letzte Schultag des Monats Januar des vorhergehenden Schuljahres.

§ 3 - Folgende Schülerzahlen werden zusammengerechnet:

1. die Anzahl regulärer Vorschüler, die während des Monats Januar an mindestens fünf Schultagen halbtags anwesend waren;

2. die Anzahl regulärer Primarschüler;

3. die Anzahl regulärer Sekundarschüler.

§ 4 - Das gemäß den §§ 1 bis 3 ermittelte Stellenkapital steht für das laufende Schuljahr zur Verfügung.

§ 5 - Das gemäß den §§ 1 bis 3 ermittelte Stellenkapital wird vom Schulträger verwendet, um förderpädagogische Koordinatoren im Förderschulwesen zeitweilig zu bezeichnen bzw. einzustellen oder definitiv zu ernennen bzw. einzustellen.

Das Stellenkapital wird dem gemäß Artikel 5^{ter} ermittelten Stellenkapital hinzugefügt.

§ 6 - Der Schulleiter kann in Anwendung von Artikel 25.1 maximal den Gegenwert einer Viertelstelle des gemäß §§ 1-5 gewährten Stellenkapitals verwenden, um spezifische Weiterbildungsmaßnahmen oder Coachings zur Unterstützung des Schulpersonals zu finanzieren, wobei der in Artikel 25.1 § 2 Absatz 1 angeführte Teiler 38 beträgt.»

Art. 31 - In Artikel 53^{bis} § 1 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. Oktober 2000 und ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 darf das in Artikel 34.2 angeführte Stellenkapital nicht übertragen werden.»

Art. 32 - In Artikel 53^{ter} § 7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004, ersetzt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Zahlenfolge "2016-2017" durch die Zahlenfolge "2019-2020" ersetzt.

Art. 33 - In das Kapitel *IVter* desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 17. Mai 2004 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird folgender Artikel *53quinquies* eingefügt:

«Art. *53quinquies* - In Abweichung von Artikel 34.2 entspricht das Stellenkapital, um förderpädagogische Koordinatoren im Förderschulwesen zeitweilig zu bezeichnen bzw. einzustellen oder definitiv zu ernennen bzw. einzustellen, für die Schuljahre 2017-2018 und 2018-2019 dem Stellenkapital, das der jeweiligen Förderschule für das Schuljahr 2016-2017 in Anwendung von Artikel *5quater* gewährt worden ist.

Während der Schuljahre 2017-2018 und 2018-2019 versteht man unter dem in Artikel 34.2 § 6 angeführten Stellenkapital das im vorangehenden Absatz angeführte Stellenkapital.»

KAPITEL 12 — *Abänderung des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen*

Art. 34 - Artikel 93.59 des Dekrets vom 31. August 1998 über den Auftrag an die Schulträger und das Schulpersonal sowie über die allgemeinen pädagogischen und organisatorischen Bestimmungen für die Regel- und Förderschulen, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In der Überschrift wird die Wortfolge "infolge der Kontrollen" gestrichen.

2. Paragraph 1 wird wie folgt ersetzt:

«§ 1 - Trifft die Kommission in Anwendung von Artikel 93.58 § 3 die Entscheidung, dass der Hausunterricht nicht fortgeführt werden kann, erfolgt zwingend eine Einschreibung in eine Schule, die von der Deutschsprachigen, Französischen oder Flämischen Gemeinschaft oder von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften organisiert, subventioniert oder anerkannt ist. Die Kommission schätzt das erreichte Kompetenzniveau und stellt aufgrund des Gutachtens der Schulinspektion und mit dem Einverständnis des in Artikel 93.49 § 1 Absatz 1 Nummer 3 angeführten Mitglieds eine Zulassungsbescheinigung zum Förderort, zur Studienform, zur Studienrichtung und zum Studienjahr aus, mit Ausnahme des sechsten und siebten Jahres des Sekundarunterrichts. Wird die Zulassungsbescheinigung für eine Förderschule ausgestellt, liegt zusätzlich das in Artikel 93.7 angeführte Gutachten vor.

Die Kommission teilt ihre Entscheidung den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und der Schulinspektion per einfachem Schreiben innerhalb von 15 Werktagen nach Erhalt des Schreibens der Schulinspektion mit.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung nicht einverstanden, können sie innerhalb von acht Tagen nach Erhalt der Entscheidung Einspruch bei der Regierung erheben, wenn die Zulassungsbescheinigung für eine Regelschule ausgestellt worden ist, und beim Vorsitzenden des Förderausschusses, wenn die Zulassungsbescheinigung für eine Förderschule ausgestellt worden ist. Der Einspruch wird per Einschreiben oder per Aushändigung mit Empfangsbestätigung eingereicht. Das Datum des Poststempels oder der Empfangsbestätigung ist maßgebend. Der Einspruch hat aufschiebende Wirkung.

Die Regierung bzw. der Förderausschuss teilt den Erziehungsberechtigten per Einschreiben und dem Vorsitzenden der Hausunterrichtskommission per einfachem Schreiben ihre bzw. seine mit Gründen versehene Entscheidung innerhalb einer Frist von 20 Werktagen nach dem Datum des Einspruchs schriftlich mit.

Sind die Erziehungsberechtigten mit der Entscheidung des Förderausschusses nicht einverstanden, teilen sie dies dem Vorsitzenden des Förderausschusses innerhalb einer Frist von 14 Werktagen nach Versand des Einschreibens, das die Entscheidung beinhaltet, schriftlich mit. Dieser verweist dann die Angelegenheit an den zuständigen Jugendrichter.

Das in Artikel 93.28 angeführte Verfahren findet auf den Einspruch beim Förderausschuss Anwendung.

Die Regierung legt die Form der Zulassungsbescheinigung fest.»

3. Folgender § 1.1 wird eingefügt:

«§ 1.1 - Treffen die Erziehungsberechtigten die Entscheidung, ihr schulpflichtiges Kind, das im Hausunterricht beschult wird, in eine von der Deutschsprachigen Gemeinschaft organisierte oder subventionierte Schule einzuschreiben, kann die Hausunterrichtskommission falls erforderlich eine Zulassungsbescheinigung in Anwendung von § 1 ausstellen, wobei unter dem in § 1 Absatz 2 angeführten Schreiben der Schulinspektion der Antrag der Erziehungsberechtigten zu verstehen ist.»

4. In § 2 wird die Wortfolge "von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union" durch die Wortfolge "von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften" ersetzt.

Art. 35 - In Artikel 93.61 Absätze 1 und 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge "von einer Gebietskörperschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union" jeweils durch die Wortfolge "von einem Mitgliedstaat der Europäischen Union oder von einer seiner Gebietskörperschaften" ersetzt.

Art. 36 - Artikel 98 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird zu Paragraph 1.

2. In Absatz 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Angabe "Absatz 1" durch die Angabe "§ 1" ersetzt.

3. Die Absätze 2 und 3, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 28. Juni 2010, werden zu Paragraph 2.

4. Absatz 4, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012 und ersetzt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird zu Paragraph 3.

5. In denselben Artikel wird folgender Paragraph 4 eingefügt:

«§ 4 - In Abweichung von § 1 umfasst der Auftrag des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen folgende Aufgaben:

1. Beratung und Unterstützung der Lehrer bei der Durchführung des Unterrichtes
oder zielgerichteter Differenzierungs- oder Fördermaßnahmen für einzelne Schüler oder Schülergruppen,
eventuell Teamteaching;

2. Beobachtungen von Unterricht, einzelnen Schülern und Schülergruppen;

3. Koordinierung der internen und externen Hilfen und der Elternkontakte;

4. Vorbereitung und Einführung von speziellen Materialien oder Vorgehensweisen, die die Lehrer und/oder Schüler in der Folge selbstständig nutzen können;

5. Gesamtkoordination der förderpädagogischen Maßnahmen an der jeweiligen Schule;
6. Sichtung und Erstellung eines Katalogs für Fördermaterial;
7. Förderung der Zusammenarbeit mit den anderen am Campus gelegenen Einrichtungen;
8. Punktuelle Unterstützung im Fall von Weiterbildungen des Personals;
9. Arbeit mit Kindern;
10. Führen von individuellen Verlaufsdocumentationen der Schüler in Kooperation mit dem Klassenleiter und/oder den Therapeuten (Förderportfolio);
11. Teilnahme an regelmäßigen Treffen mit Partnerorganisationen, insbesondere Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, aber auch u. a. Jugendhilfedienst, Jugendgerichtsdienst, therapeutische Einrichtungen;
12. Teilnahme an Teamversammlungen und Konferenztagen, Supervision, Weiterbildung, Klassenräten, wenn erforderlich.

Förderpädagogische Koordinatoren haben keine Weisungsbefugnis den Klassenlehrern gegenüber.

Es ist dem förderpädagogischen Koordinator im Förderschulwesen untersagt, im Rahmen seiner Tätigkeit ein anderes Personalmitglied der Kategorie Direktions- und Lehrpersonal zu ersetzen.“

Art. 37 - In dasselbe Dekret, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 13. Dezember 2016, wird folgendes Kapitel X.1 eingefügt:

«KAPITEL X.1 — *Wochenarbeitszeit*»

Art. 38 - In das Kapitel X.1 desselben Dekrets wird folgender Artikel 103.1 eingefügt:

«Art. 103.1 - Wochenarbeitszeit des förderpädagogischen Koordinators im Förderschulwesen

Die Dienstleistungen, die der förderpädagogische Koordinator im Förderschulwesen erbringt, belaufen sich bei einer Vollzeitbeschäftigung pro Woche durchschnittlich auf 38 Stunden zu 60 Minuten. Der Durchschnitt wird innerhalb einer Referenzperiode von vier Monaten ermittelt. Der förderpädagogische Koordinator leistet effektiv mindestens 19 Wochenstunden zu 60 Minuten bei einem Schulträger.

Die wöchentliche Arbeitszeit darf in keinem Fall 50 Stunden überschreiten.»

KAPITEL 13 — *Abänderung des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums*

Art. 39 - Artikel 33 des Dekrets vom 14. Dezember 1998 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des freien subventionierten Unterrichtswesens und des freien subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentrums, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe *g*) eingefügt:

«*g*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 40 - In Artikel 35 § 1 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird folgender Satz eingefügt:

«Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Dienstage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt.»

Art. 41 - Artikel 49 § 1 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe *g*) eingefügt:

«*g*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "ernennen lassen möchten" die Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

4. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 42 - In Artikel 53 Absatz 4 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "definitiv eingestellt worden sind" die Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 43 - Artikel 62.7 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Zahl "78" durch die Angabe "79, 80 Absatz 1 Nummer 2" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Bestimmungen von § 1" durch die Wortfolge "§ 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 62.6 § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 44 - Artikel 62.9 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Während der Einstellung als Fachbereichsleiter erhält dieser" durch die Wortfolge "Während der Ausübung des Amtes erhält der Fachbereichsleiter" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv eingestellt ist," ersetzt.

Art. 45 - In Artikel 62.21 Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird die Wortfolge "Artikel 62.7 § 1 Absatz 1" durch die Wortfolge "Artikel 62.7 § 1 Absatz 1 sowie § 2 Absatz 1" ersetzt.

Art. 46 - Artikel 69.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Zahl "78" durch die Angabe "79, 80 Absatz 1 Nummer 2" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1, abgeändert durch das Dekret vom 25. Mai 2009, wird die Wortfolge "Paragraph 1 gilt" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 69.5 § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 80 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 gelten" ersetzt.

Art. 47 - Artikel 69.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 25. Juni 2007 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absätze 1, abgeändert durch das Dekret vom 11. Mai 2009, und 2, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009, wird die Wortfolge "Einstellung" jeweils durch die Wortfolge "Ausübung seines Amtes" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Handelt es sich um ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv eingestellt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 48 - In den Titel IV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 119.10 eingefügt:

«Art. 119.10 - Artikel 33 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) und Artikel 49 § 1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe g) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 35 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen.»

KAPITEL 14 — *Abänderung des Dekrets vom 25. Juni 2001 über besondere Maßnahmen im Zusammenhang mit den Lehrämtern und über die Anpassung des Besoldungsstatuts*

Art. 49 - In Artikel 1 wird die Wortfolge "Vollzeitsekundarschulwesen, Teilzeitsekundarschulwesen oder in der schulischen Weiterbildung" durch die Wortfolge "Unterrichtswesen" ersetzt.

Art. 50 - In Artikel 5 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird die Wortfolge "Grundschulwesen, im Vollzeitsekundarschulwesen, im Teilzeitsekundarschulwesen und in der schulischen Weiterbildung" durch das Wort "Unterrichtswesen" ersetzt.

KAPITEL 15 — *Abänderung des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003*

Art. 51 - In Artikel 11.4 des Dekrets vom 30. Juni 2003 über dringende Maßnahmen im Unterrichtswesen 2003, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«Die Krankheitstage ohne Schwangerschaftsbezug, die ein Personalmitglied in den sechs Wochen vor der Entbindung in Anspruch nimmt, werden im Fall einer darauffolgenden Arbeitswiederaufnahme vor der Entbindung nicht in den postnatalen Mutterschaftsurlaub übertragen. In diesem Fall werden diese Tage nicht von der in Anwendung des vorliegenden Kapitels dem Personalmitglied zur Verfügung stehenden Anzahl Krankheitstage abgezogen. Bei Mehrlingsgeburten beträgt die Zeitspanne acht Wochen.»

Art. 52 - Artikel 11.7 § 2 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Im letzten Satz von Absatz 2 wird das Wort "kein" ersatzlos gestrichen.

2. Folgende Absätze 3 und 4 werden eingefügt:

«Der Arzt des Personalmitglieds und der Kontrollarzt versuchen im Rahmen dieses Einspruchsverfahrens zu einer gemeinsamen Entscheidung zu gelangen. Wird keine Einigung erzielt, trifft ein Schiedsarzt, der vom Kontrollarzt in Absprache mit dem Arzt des Personalmitglieds benannt wird, die endgültige Entscheidung.

Die Regierung legt die weiteren Modalitäten des Einspruchsverfahrens fest.»

Art. 53 - In Artikel 11.7 § 2 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender Absatz 5 eingefügt:

"Die in Absatz 1 angeführte Regelung endet spätestens nach einer Zeitspanne von fünf Jahren, beginnend ab dem ersten Tag der Abwesenheit wegen Krankheit, die in unmittelbarem Zusammenhang mit der mutmaßlichen Straftat steht."

KAPILEL 16 — *Abänderung des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren*

Art. 54 - Artikel 20 § 1 des Dekrets vom 29. März 2004 zur Festlegung des Statuts der subventionierten Personalmitglieder des offiziellen subventionierten Unterrichtswesens und der offiziellen subventionierten Psycho-Medizinisch-Sozialen Zentren, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In § 1 Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 16. Juli 2012, wird folgender Buchstabe *f*) eingefügt:

«*f*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 55 - In Artikel 22 Absatz 2 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird folgender Satz eingefügt:

«Möchte der Bewerber seinen Vorrang im Amt des förderpädagogischen Koordinators geltend machen, werden ebenfalls die Dienstage in einem anderen Amt einer anderen Kategorie, für das er den erforderlichen Befähigungsnachweis hat, berücksichtigt.»

Art. 56 - Artikel 37 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *a*), ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. In Absatz 1 Nummer 5, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Buchstabe *f*) eingefügt:

«*f*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

3. In Absatz 3, eingefügt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "ernennen lassen möchten" die Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

4. In Absatz 6, eingefügt durch das Dekret vom 11. Mai 2009 und abgeändert durch die Dekrete vom 5. Mai 2014 und vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "dürfen" und die Wortfolge "im Amt" die Wortfolge "im Amt des förderpädagogischen Koordinators," eingefügt.

Art. 57 - In Artikel 41 Absatz 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird zwischen das Wort "Regelgrundschulwesen" und die Wortfolge "ernannt worden sind" die Wortfolge "oder im Amt des förderpädagogischen Koordinators" eingefügt.

Art. 58 - Artikel 56.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Zahl "76" durch die Zahl "77" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Die Bestimmungen von § 1" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 56.5 § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 59 - Artikel 56.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Während der Bezeichnung als Leitender Verwaltungssekretär erhält dieser" durch die Wortfolge "Während der Ausübung des Amtes erhält der Leitende Verwaltungssekretär" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist," ersetzt.

Art. 60 - Artikel 64.6 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Zahl "76" durch die Zahl "77" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe "§ 1" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 64.5 § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1" ersetzt.

Art. 61 - Artikel 64.8 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 23. März 2009 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 wird die Wortfolge "Während der Bezeichnung als Leiter einer Kunstakademie erhält dieser" durch die Wortfolge "Während der Ausübung des Amtes erhält der Leiter einer Kunstakademie" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist," ersetzt.

Art. 62 - Artikel 64.17 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 1 wird die Zahl "76" durch die Zahl "77" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Angabe "§ 1 gilt" durch die Wortfolge "Paragraf 1 des vorliegenden Artikels, Artikel 64.16 § 2 Absatz 1 Nummern 4 und 6 und Absätze 3-5 und Artikel 78 mit Ausnahme von Absatz 1 Nummer 1 gelten" ersetzt.

Art. 63 - Artikel 64.19 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 28. Juni 2010 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absätze 1 und 2 wird das Wort "Bezeichnung" durch die Wortfolge "Ausübung seines Amtes" ersetzt.

2. In § 2 Absatz 1 wird die Wortfolge "Handelt es sich um ein Personalmitglied" durch die Wortfolge "Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Schulleiter bezeichnet" ersetzt.

Art. 64 - In das Kapitel XIV desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Artikel 111^{decies} eingefügt:

«Art. 111^{decies} - Artikel 20 § 1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *f*) und Artikel 37 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe *f*) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 22 angeführten Vorrangsregelung für das Amt des Lehrers für nichtkonfessionelle Sittenlehre im Primar- oder Sekundarschulwesen genügen.»

KAPITEL 17 — *Abänderung des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule*

Art. 65 - Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 des Dekrets vom 27. Juni 2005 zur Schaffung einer autonomen Hochschule, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe *a*) wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. Folgender Buchstabe *f*) wird eingefügt:

«*f*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Dozenten für nichtkonfessionelle Sittenlehre bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

Art. 66 - Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 23. Juni 2008 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. Buchstabe *a*) wird wie folgt ersetzt:

«*a*) die drei Abweichungen wurden innerhalb eines Zeitraums von höchstens fünf aufeinanderfolgenden Schuljahren durchlaufen;»

2. Folgender Buchstabe *f*) wird eingefügt:

«*f*) falls es sich um ein Personalmitglied handelt, das das Amt eines Dozenten für nichtkonfessionelle Sittenlehre bekleidet, verfügt dieses über einen Nachweis über das Bestehen einer mindestens 15 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung in nichtkonfessioneller Sittenlehre, der von einer Hochschule in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausgestellt wird, oder über einen beziehungsweise mehrere Nachweise, die von der Regierung als gleichwertig anerkannt werden;»

Art. 67 - Artikel 5.83 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt ersetzt:

«Artikel 5.83 - Zulassungsbedingungen

Ausschließlich ein Personalmitglied der Hochschule darf dieses Amt bekleiden, wenn es:

1. den in Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 angeführten Bedingungen mit Ausnahme von Nummer 5 und Nummer 8 entspricht;

2. mindestens über ein Diplom des Hochschulwesens des zweiten Grades verfügt;

3. eine nützliche Berufserfahrung von mindestens fünf Jahren hat;

4. im letzten Beurteilungs- oder Bewertungsbericht mindestens den Vermerk "gut" erhalten hat; liegt kein Bericht vor, gilt vorliegende Bedingung als erfüllt;

5. die Bewerbung in der Form und der Frist eingereicht hat, die im Aufruf an die Bewerber festgesetzt sind.

Die in Absatz 1 Nummer 3 angeführte nützliche Berufserfahrung ist im Rahmen einer beruflichen Tätigkeit zu erbringen, die in Zusammenhang mit dem ausgeübten Amt steht. Teilzeitige Dienste werden verhältnismäßig zu einer Vollzeitbeschäftigung angerechnet.

Kann das Amt nicht mit einem Personalmitglied der Hochschule besetzt werden, darf es von einer Person bekleidet werden, die die in Absatz 1 angeführten Bedingungen erfüllt.»

Art. 68 - Artikel 5.84 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. Absatz 1 wird wie folgt ersetzt:

«Der Schulträger veröffentlicht per Aushang in der Hochschule sowie in jeder anderen angemessenen Form einen Bewerbungsaufruf. Der Aufruf enthält das erforderliche Profil des Fachbereichsleiters und die Zielsetzungen, die während der Mandatszeit verwirklicht werden sollen. Wird von der in Artikel 5.83 Absatz 3 angeführten Möglichkeit Gebrauch gemacht, wird der Aufruf zusätzlich in der Presse veröffentlicht.»

2. In Absatz 2 wird die Wortfolge "vom Personalmitglied" gestrichen.

Art. 69 - Artikel 5.85 Absatz 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Er stützt sich unter anderem auf die Beurteilungs- und Bewertungsberichte, auf den Strategie- und Aktionsplan des Bewerbers, auf die pädagogische Qualifikation, auf die Berufserfahrung, auf das Eignungsprofil und auf ein Bewerbungsgespräch.»

Art. 70 - In Artikel 5.87 § 1 desselben Dekrets, ersetzt durch das Dekret vom 27. Juni 2011, wird die Angabe "Nummer 3" durch die Angabe "Nummer 5" ersetzt.

Art. 71 - In Artikel 5.89 desselben Dekrets wird das Wort "werden" durch die Wortfolge "werden, insofern es sich um ein Personalmitglied der Hochschule handelt," ersetzt.

Art. 72 - Artikel 5.90 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. In Absatz 1 wird die Wortfolge "das Personalmitglied neben seinem Gehalt als Dozent zusätzlich" durch die Wortfolge "der Fachbereichsleiter ein Gehalt in Anwendung von Titel II bis II.2 des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, erhöht um" ersetzt.

2. Zwischen Absatz 1 und Absatz 2, der zu Absatz 3 wird, wird folgender neuer Absatz 2 eingefügt:

«Wird ein Personalmitglied, das in einem anderen Amt auf unbestimmte Dauer bezeichnet oder definitiv ernannt ist, als Fachbereichsleiter bezeichnet, bezieht es in Abweichung von Absatz 1 weiterhin sein Gehalt und erhält ausgleichend monatlich eine Prämie, die folgendermaßen ermittelt wird: $P = X - M$

P = die Prämie

X = das in Absatz 1 angeführte Gehalt

M = das Bruttomonatsgehalt des Personalmitgliedes.»

3. In den Absätzen 2, 3 und 4, ersetzt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, die zu den Absätzen 3, 4 und 5 werden, wird das Wort "Prämie" durch die Wortfolge "in Absatz 1 und 2 angeführten Prämie" ersetzt.

Art. 73 - In Artikel 5.91 desselben Dekrets wird die Wortfolge "Personalmitglied nach Beendigung des Mandats erneut sein Amt als Dozent" durch die Wortfolge "Personalmitglied, insofern es sich um ein definitiv ernanntes oder auf unbestimmte Dauer zeitweilig bezeichnetes Personalmitglied der Hochschule handelt, nach Beendigung des Mandats erneut sein vorheriges Amt" ersetzt.

Art. 74 - Artikel 6.7 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird wie folgt abgeändert:

1. In § 1 Absatz 3, ersetzt durch das Dekret vom 25. Mai 2009 und abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Zahlenfolge "2016-2017" durch die Zahlenfolge "2017-2018" ersetzt.

2. In § 1 Absatz 5, eingefügt durch das Dekret vom 16. Januar 2012, wird nach dem Wort "Dozenten" die Wortfolge "sowie 1,6 Stellen im Amt eines Dozenten für den Fachbereich Gesundheits- und Krankenpflegewissenschaften" eingefügt.

Art. 75 - In den Titel 9 desselben Dekrets wird folgender Artikel 9.11^{sexies} eingefügt:

«Art. 9.11^{sexies} - Artikel 5.15 § 1 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe f) und Artikel 5.31 Absatz 1 Nummer 5 Buchstabe f) finden keine Anwendung auf Personalmitglieder, die am 31. August 2017 der in Artikel 5.17 angeführten Vorrangregelung für das Amt eines Dozenten für nichtkonfessionelle Sittenlehre genügen.»

KAPITEL 18 — *Abänderung des Dekrets vom 26. Juni 2006 über Massnahmen im Unterrichtswesen 2006*

Art. 76 - In Artikel 115.1 des Dekrets vom 26. Juni 2006 über Maßnahmen im Unterrichtswesen 2006, eingefügt durch das Dekret vom 5. Mai 2014, wird folgender Paragraph 3 eingefügt:

«§ 3 - In Abweichung von Artikel 14 Nummer 2 des Königlichen Erlasses vom 29. August 1966 zur Festlegung des Statuts der Mitglieder des Verwaltungs-, Aufsichts-, Fach- und Dienstleistungspersonals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalunterricht ernennt die Regierung in Anwendung von § 1 Absatz 2 und § 2 am 1. Oktober 2017 Personalmitglieder des Verwaltungspersonals in zu diesem Zeitpunkt offene Stellen, wenn sie die in § 1 Absatz 1 Nummern 1-3 angeführten Bedingungen erfüllen.»

KAPITEL 19 — *Abänderung des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs*

Art. 77 - Die Anlage II des Dekrets vom 21. April 2008 zur Aufwertung des Lehrerberufs, ersetzt durch das Dekret vom 16. Juli 2012 und zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 1 wird die Angabe "31. Dezember 2018" durch die Angabe "31. Dezember 2017" ersetzt.

2. Folgende Nummer 2.1 wird eingefügt:

«2.1. Für die Zeitspanne vom 1. Januar 2018 bis 31. Dezember 2018

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahresklasse (18 Jahre)

Arbeiter	Facharbeiter
Unterhaltsarbeiter	Qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Küchengehilfe	Koch
13.862,41 - 15.763,35	14.350,11 - 18.657,98
03 (1) × 122,20	03 (1) × 157,44
02 (2) × 65,37	05 (2) × 218,79
10 (2) × 140,36	06 (2) × 299,83
	02 (2) × 471,31
Erster Facharbeiter	Erster Facharbeiter-Vorarbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter	Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Erster Koch	Vorarbeiter
14.454,85 - 19.308,81	Erster Koch - Teamchef
03 (1) × 157,43	14.973,19 - 20.416,26
05 (2) × 248,67	03 (1) × 245,75
08 (2) × 392,29	05 (2) × 313,50
	08 (2) × 392,29»

3. Nummer 3 wird wie folgt ersetzt:

«3. ab dem 1. Januar 2019

Gehaltstabellen - Beträge in EUR

Tabelle der Jahresklasse (18 Jahre)

Arbeiter	Facharbeiter
Unterhaltsarbeiter	Qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Küchengehilfe	Koch
14.002,43 - 15.922,58	14.495,06 - 18.846,44
03 (1) × 123,43	03 (1) × 159,03
02 (2) × 66,03	05 (2) × 220,99
10 (2) × 141,78	06 (2) × 302,86
	02 (2) × 476,09
Erster Facharbeiter	Erster Facharbeiter-Vorarbeiter
Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter	Erster qualifizierter Unterhaltsarbeiter
Erster Koch	Vorarbeiter
14.600,86 - 19.503,85	Erster Koch - Teamchef
03 (1) × 159,03	15.124,43 - 20.622,47
05 (2) × 251,18	03 (1) × 248,23
08 (2) × 396,25	05 (2) × 316,67
	08 (2) × 396,25»

KAPITEL 20 — Abänderung des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts

Art. 78 - In Artikel 69 des Dekrets vom 23. März 2009 zur Organisation des Teilzeit-Kunstunterrichts, abgeändert durch das Dekret vom 24. Juni 2013, wird die Zahlenfolge "2016-2017" durch die Zahlenfolge "2020-2021" ersetzt.

KAPITEL 21 — Abänderung des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen

Art. 79 - In Artikel 6 Nummer 6 des Dekrets vom 11. Mai 2009 über das Zentrum für Förderpädagogik, zur Verbesserung der sonderpädagogischen Förderung in den Regel- und Förderschulen sowie zur Unterstützung der Förderung von Schülern mit Beeinträchtigung, Anpassungs- oder Lernschwierigkeiten in den Regel- und Förderschulen wird die Wortfolge "der Regelschulen und" durch die Wortfolge "der Regel- und Förderschulen sowie" ersetzt.

KAPITEL 22 — Abänderung des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009

Art. 80 - Die Überschrift von Kapitel I des Dekrets vom 25. Mai 2009 über Maßnahmen im Unterrichtswesen und in der Ausbildung 2009 wird wie folgt ersetzt:

«KAPITEL 1 — Anerkennung von Berufsqualifikationen für reglementierte Berufe im Unterrichtswesen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im Rahmen der Europäischen Richtlinie 2005/36/EG»

Art. 81 - Die Überschrift von Kapitel I Abschnitt 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Abschnitt 1 — Allgemeine Bestimmungen»

Art. 82 - Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

« Artikel 1 - Umsetzung der Richtlinie

Vorliegendes Kapitel dient der teilweisen Umsetzung der Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen für die reglementierten Berufe in den durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen.

Die Richtlinie legt die Vorschriften fest, nach denen die Deutschsprachige Gemeinschaft, die den Zugang zu einem reglementierten Beruf in den durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtungen oder dessen Ausübung an den Besitz bestimmter Berufsqualifikationen knüpft, für den Zugang zu diesem Beruf und dessen Ausübung in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die in einem oder mehreren anderen Mitgliedstaaten erworbenen Berufsqualifikationen anerkennt, die ihren Inhaber berechtigen, dort denselben Beruf auszuüben.»

Art. 83 - Artikel 2 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 2 - Definitionen

§ 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Kapitels versteht man unter:

1. Anpassungslehrgang: die Ausübung eines reglementierten Berufs, die unter der Verantwortung eines qualifizierten Berufsangehörigen erfolgt und gegebenenfalls mit einer Zusatzausbildung einhergeht. Der Lehrgang ist Gegenstand einer Bewertung. Die Einzelheiten des Anpassungslehrgangs und seiner Bewertung sowie die Rechtsstellung des beaufsichtigten zugewanderten Lehrgangsteilnehmers werden von der Regierung festgelegt;

2. Antragsteller: Staatsangehörige eines Mitgliedstaats, der seine Berufsqualifikationen in einem anderen Mitgliedstaat als Belgien erworben hat, oder Staatsangehöriger eines Drittlandes, der unter den Anwendungsbereich der Richtlinie fällt und der die Anerkennung beantragt;

3. Ausbildungsnachweise: Diplome, Prüfungszeugnisse und sonstige Befähigungsnachweise, die von einer Behörde eines Mitgliedstaats, die entsprechend dessen Rechts- und Verwaltungsvorschriften benannt wurde, für den Abschluss einer überwiegend in der Europäischen Gemeinschaft absolvierten Berufsausbildung ausgestellt werden. Findet Satz 1 keine Anwendung, so sind Ausbildungsnachweise im Sinne des Paragraphen 2 den hier genannten Ausbildungsnachweisen gleichgestellt;

4. Berufserfahrung: tatsächliche und rechtmäßige Ausübung des betreffenden Berufs als Vollzeitbeschäftigung oder entsprechende Teilzeitbeschäftigung in einem Mitgliedstaat;

5. Berufsqualifikationen: Qualifikationen, die durch einen Ausbildungsnachweis, einen Befähigungsnachweis gemäß Artikel 13 Buchstabe a) erster Spiegelstrich des Gesetzes vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen nachgewiesen werden;

6. Drittland: ein Staat, auf den die Richtlinie keine Anwendung findet;

7. Eignungsprüfung: eine die beruflichen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen des Antragstellers betreffende und von der Regierung durchgeführte oder anerkannte Prüfung, mit der die Fähigkeit des Antragstellers, in der Deutschsprachigen Gemeinschaft einen reglementierten Beruf auszuüben, beurteilt werden soll.

Um die Durchführung dieser Prüfung zu ermöglichen, erstellt die Regierung ein Verzeichnis der Sachgebiete, die aufgrund eines Vergleichs zwischen der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft verlangten Ausbildung und der bisherigen Ausbildung des Antragstellers von dem Diplom oder den sonstigen Ausbildungsnachweisen, über die der Antragsteller verfügt, nicht abgedeckt werden.

Bei der Eignungsprüfung muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass der Antragsteller in seinem Herkunftsmitgliedstaat oder dem Mitgliedstaat, aus dem der Antragsteller kommt, über eine berufliche Qualifikation verfügt. Die Eignungsprüfung erstreckt sich auf Sachgebiete, die aus dem Verzeichnis ausgewählt werden und deren Kenntnis eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Berufs in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ist. Diese Prüfung kann sich auch auf die Kenntnis der sich auf die betreffenden Tätigkeiten in der Deutschsprachigen Gemeinschaft beziehenden berufsständischen Regeln erstrecken.

Die Einzelheiten der Durchführung der Eignungsprüfung und die Rechtsstellung des Antragstellers, der sich in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf die Eignungsprüfung vorzubereiten wünscht, werden von der Regierung festgelegt;

8. Fächer, die sich wesentlich unterscheiden: Fächer, bei denen Kenntnis, Fähigkeiten und Kompetenzen eine wesentliche Voraussetzung für die Ausübung des Berufs sind und bei denen die bisherige Ausbildung des Antragstellers wesentliche Abweichungen hinsichtlich des Inhalts gegenüber der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Ausbildung aufweist;

9. Gesetz: Gesetz vom 12. Februar 2008 zur Einführung eines allgemeinen Rahmens für die Anerkennung von EU-Berufsqualifikationen;

10. Herkunftsmitgliedstaat: ein anderer Mitgliedstaat oder mehrere andere Mitgliedstaaten, in denen der Antragsteller seine Berufsqualifikationen erworben hat;

11. IMI: das Binnenmarkt-Informationssystem im Sinne der Verordnung (EU) Nr. 1024/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 über die Verwaltungszusammenarbeit mit Hilfe des Binnenmarkt-Informationssystems und zur Aufhebung der Entscheidung 2008/49/EG der Kommission ("IMI-Verordnung");

12. Konformitätsbescheinigung: Verwaltungsentscheidung, die bestätigt, dass eine in einem anderen Mitgliedstaat verliehene Berufsqualifikation Zugang zu einem oder mehreren in Nummer 14 angeführten Ämtern gewährt;

13. Mitgliedstaat: Mitgliedstaat der Europäischen Union sowie die anderen Staaten, auf die die Richtlinie Anwendung findet;

14. reglementierte Berufe: alle Ämter gemäß den Artikeln 6 bis 10 des Königlichen Erlasses vom 2. Oktober 1968 zur Festlegung und Einteilung der Ämter der Mitglieder des Direktions- und Lehrpersonals, des Erziehungspersonals, des paramedizinischen und sozialpsychologischen Personals der staatlichen Einrichtungen für Vor-, Primar-, Förder-, Mittel-, technischen, Kunst- und Normalschulunterricht und der Ämter der Personalmitglieder des Inspektionsdienstes beauftragt mit der Aufsicht über diese Einrichtungen sowie alle Ämter gemäß Artikel 6.2 des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen;

15. Richtlinie: Richtlinie 2005/36/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. September 2005 über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

§ 2 - Einem Ausbildungsnachweis gleichgestellt ist jeder in einem Drittland ausgestellte Ausbildungsnachweis, sofern sein Inhaber in dem betreffenden Beruf drei Jahre Berufserfahrung im Hoheitsgebiet des Mitgliedstaats, der diesen Ausbildungsnachweis anerkannt hat, besitzt und dieser Mitgliedstaat diese Berufserfahrung bescheinigt.»

Art. 84 - In Kapitel 1 desselben Dekrets wird folgender neuer Abschnitt 2, der die Artikel 3 bis 6 umfasst, eingefügt:

«*Abschnitt 2 — Vergabe von Konformitätsbescheinigungen für Ämter im Unterrichtswesen*»

Art. 85 - Artikel 3 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 3 - Antragsverfahren

§ 1 - Um eine Konformitätsbescheinigung zu erhalten, reicht der Antragsteller bei der Regierung einen Antrag ein, der mindestens folgende Angaben umfasst:

1. das Antragsformular;
2. einen Staatsangehörigkeitsnachweis;
3. eine Kopie der Befähigungsnachweise oder des Ausbildungsnachweises, der zur Aufnahme des entsprechenden Berufes berechtigt, sowie das dazugehörige Diploma Supplement falls vorhanden;
4. eine Erklärung einer zuständigen Behörde des Mitgliedstaats, in dem die Berufsqualifikation stattgefunden hat, aus der hervorgeht, dass der Antragsteller den gesetzlichen Titel der Berufsqualifikation, gegebenenfalls mit der Abkürzung, tragen darf;
5. Bescheinigungen über die von der betreffenden Person erworbene relevante Berufserfahrung;
6. eine Bescheinigung darüber, dass die Ausübung des Berufs nicht vorübergehend oder endgültig untersagt wurde und dass es keine Einträge in dem in Artikel 596 Absatz 2 des Strafprozessgesetzbuches angeführten Auszug aus dem Strafregister oder in einem vergleichbaren Führungszeugnis gibt.

Ist der Antragsteller nicht in der Lage, das in Nummer 4 angeführte Dokument vorzulegen, wendet sich die Regierung an die Kontaktstelle, die zuständige Behörde oder an eine andere einschlägige Stelle des Herkunftsmitgliedstaates.

Die Regierung kann den Antragsteller auffordern, Informationen zu seiner Ausbildung vorzulegen, soweit dies erforderlich ist, um festzustellen, ob diese möglicherweise von der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft geforderten Ausbildung gemäß Artikel 13 des Gesetzes erheblich abweicht.

Die Regierung ist berechtigt, zusätzliche Dokumente und Informationen anzufordern.

Falls die vom Antragsteller eingereichten Unterlagen nicht in Deutsch, Niederländisch, Französisch oder Englisch ausgestellt sind, kann die Regierung vom Antragsteller verlangen, dass er die Unterlagen durch einen vereidigten Übersetzer, der in einem der Mitgliedstaaten niedergelassen ist, in eine dieser vier Sprachen übersetzen lässt. Die Originalübersetzung wird mit dem Stempel eines Gerichts erster Instanz versehen.

Die Regierung bestätigt dem Antragsteller binnen eines Monats den Empfang des Antrags und teilt ihm gegebenenfalls mit, welche Unterlagen fehlen.

Hat die Regierung berechtigte Zweifel, so kann sie von der zuständigen Behörde eines Mitgliedstaats eine Bestätigung der Authentizität der in jenem Mitgliedstaat ausgestellten Bescheinigungen und Ausbildungsnachweise verlangen.

§ 2 - Das Antragsformular umfasst mindestens folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Antragstellers;
2. Geburtsdatum und Geburtsort;
3. Staatsangehörigkeit;
4. Kontaktadresse;
5. Regelstudienzeit für die absolvierte Berufsqualifikation;
6. genaue Bezeichnung der Ausbildungsnachweise;
7. eventuell Nachweise über Praktika;
8. Berufserfahrung;
9. das Amt und gegebenenfalls die Unterrichte, Spezialisierungen und Studienjahre, in denen er dieses Amt im Herkunftsmitgliedstaat ausüben darf;
10. den gesetzlichen Titel der Berufsqualifikation, gegebenenfalls mit der Abkürzung, ausgestellt im Herkunftsmitgliedstaat sowie den Namen und den Ort der Unterrichtseinrichtung oder des Prüfungsausschusses, der diesen Titel verliehen hat.»

Art. 86 - Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 4 - Ausstellung der Konformitätsbescheinigung

§ 1 - Die Regierung trifft nach Prüfung des Antrags eine der folgenden Entscheidungen:

1. eine Konformitätsbescheinigung wird ausgestellt;
2. eine Konformitätsbescheinigung wird zu diesem Zeitpunkt nicht ausgestellt, da der Antragsteller die in Artikel 5 angeführten festgestellten Mängel durch die in demselben Artikel angeführten Ausgleichsmaßnahmen zu beheben hat;
3. eine Konformitätsbescheinigung wird nicht ausgestellt, da die Anerkennungsbedingungen gemäß Abschnitt 1 nicht erfüllt werden.

Die Regierung trifft eine der in Absatz 1 angeführten Entscheidungen innerhalb von zwei Monaten nach Einreichen der vollständigen Akte. Die Entscheidung wird mit Gründen versehen.

§ 2 - Der Antragsteller erhält eine Konformitätsbescheinigung, sobald die gemäß Artikel 5 festgestellten Mängel durch die in demselben Artikel angeführten Ausgleichsmaßnahmen behoben wurden.»

Art. 87 - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 5 - Mängel und Ausgleichsmaßnahmen

§ 1 - Die Regierung kann gemäß Artikel 16 des Gesetzes in einem der nachstehend aufgeführten Fälle vom Antragsteller verlangen, dass er eine Eignungsprüfung ablegt oder einen höchstens dreijährigen Anpassungslehrgang absolviert:

1. wenn seine Ausbildung sich auf Fächer bezieht, die sich wesentlich von denen unterscheiden, die durch den Ausbildungsnachweis abgedeckt werden, der in der Deutschsprachigen Gemeinschaft vorgeschrieben ist;
2. wenn wesentliche Unterschiede im Berufsinhalt bestehen.

§ 2 - Macht die Regierung von der in § 1 angeführten Möglichkeit Gebrauch, hat der Antragsteller die Wahl zwischen dem Anpassungslehrgang und der Eignungsprüfung. Entscheidet sich der Antragsteller für die Eignungsprüfung, organisiert die Regierung die Eignungsprüfung innerhalb einer Frist von sechs Monaten nach der schriftlichen Mitteilung dieser Entscheidung.

Dem Antragsteller können für die Eignungsprüfung bzw. den Anpassungslehrgang Kosten in Höhe von maximal 1.000 Euro in Rechnung gestellt werden.»

Art. 88 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 6 - Konformitätsbescheinigung

Die Konformitätsbescheinigung beinhaltet die Gründe, aus denen der Antragsteller in den Anwendungsbereich der Richtlinie fällt.

Die Konformitätsbescheinigung umfasst mindestens folgende Angaben:

1. Name und Vorname des Antragstellers;
2. Geburtsdatum und Geburtsort;
3. Staatsangehörigkeit;
4. genaue Bezeichnung der Ausbildungsnachweise;
5. das Amt und die Unterrichte, Spezialisierungen und Studienjahre, in denen er dieses Amt in der Deutschsprachigen Gemeinschaft ausüben darf;
6. den gesetzlichen Titel der Ausbildung, gegebenenfalls mit der Abkürzung, ausgestellt im Herkunftsmitgliedstaat sowie den Namen und den Ort der Unterrichtseinrichtung oder des Prüfungsausschusses, der diesen Titel verliehen hat;
7. das Datum der Ausstellung der Konformitätsbescheinigung.

Die Konformitätsbescheinigung wird mit dem Siegel der Deutschsprachigen Gemeinschaft versehen.»

Art. 89 - In das Kapitel 1 desselben Dekrets wird folgender neuer Abschnitt 3, der den Artikel 7 umfasst, eingefügt:

«*Abschnitt 3 — Vorwarnmechanismus*»

Art. 90 - Artikel 7 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt:

«Art. 7 - Vorwarnmechanismus

Die Regierung unterrichtet die zuständigen Behörden aller anderen Mitgliedstaaten über einen Berufsangehörigen einer durch die Deutschsprachige Gemeinschaft organisierten oder subventionierten Unterrichtseinrichtung, dem von einer Behörde der Deutschsprachigen Gemeinschaft oder einem Gericht die Ausübung seiner beruflichen Tätigkeiten im belgischen Hoheitsgebiet ganz oder teilweise - auch vorübergehend - untersagt worden ist oder diesbezügliche Beschränkungen auferlegt worden sind.

Die Regierung übermittelt die in Absatz 1 angeführten Angaben mittels einer Warnung über das IMI-System spätestens drei Tage nach Erlass der Entscheidung. Die Angaben beschränken sich auf Folgendes:

1. Identität des Berufsangehörigen;
2. betroffener Beruf;
3. Angaben über die Behörde oder das Gericht, die/das die Entscheidung über die Beschränkung oder Untersagung getroffen hat;
4. Umfang der Beschränkung oder Untersagung;
5. Zeitraum, in dem die Beschränkung oder Untersagung gilt.

Gemäß Artikel 27/1 Paragraf 1 des Gesetzes unterrichtet die Regierung die zuständigen Behörden aller übrigen Mitgliedstaaten spätestens drei Tage nach Annahme der Gerichtsentscheidung mittels einer Warnung über das IMI-System über die Identität von Berufsangehörigen, die die Anerkennung einer Qualifikation im Bereich der Erziehung Minderjähriger gemäß der Richtlinie beantragt haben und bei denen später gerichtlich festgestellt wurde, dass sie dabei gefälschte Berufsqualifikationsnachweise verwendet haben.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten für die Zwecke des Informationsaustauschs gemäß den Absätzen 1 und 3 erfolgt im Einklang der Bestimmungen des Gesetzes vom 8. Dezember 1992 über den Schutz des Privatlebens hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten und des Gesetzes vom 24. August 2005 zur Umsetzung verschiedener Bestimmungen der Richtlinie über den Fernabsatz von Finanzdienstleistungen und der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation.

Die Regierung, die die Informationen gemäß Absatz 1 übermittelt, unterrichtet die zuständigen Behörden aller Mitgliedstaaten unverzüglich über das Datum des Ablaufs der Geltungsdauer und spätere Änderungen dieses Datums.

Die Regierung unterrichtet die betroffenen Berufsangehörigen zeitgleich mit der Benachrichtigung der anderen Mitgliedstaaten über die Übermittlung der Warnung. Legt der betroffene Berufsangehörige gemäß Artikel 27/1 Paragraf 3 des Gesetzes Rechtsbehelfe gegen die Entscheidung ein oder verlangt die Berichtigung dieser Entscheidung, wird die Entscheidung über die Warnung durch den Hinweis ergänzt, dass der Berufsangehörige Rechtsmittel gegen die Entscheidung eingelegt hat.

Warnungen sind binnen drei Tagen ab dem Datum der Annahme der Entscheidung über ihren Widerruf oder ab dem Zeitpunkt des Ablaufs der Geltungsdauer der Untersagung oder Beschränkung gemäß Absatz 1 zu löschen.»

Art. 91 - Der bisherige Abschnitt 2 und die Artikel 8 bis 11 desselben Dekrets werden aufgehoben.

KAPITEL 23 — *Abänderung des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung*

Art. 92 - Artikel 20 § 2 Absatz 1 des Dekrets vom 25. Juni 2012 über die Schulinspektion und die Schulentwicklungsberatung wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 6 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.
2. Folgende Nummer 7 wird eingefügt:

«7. im Falle eines Bewertungsberichts mit dem Vermerk "ungenügend".»

KAPITEL 24 — *Abänderung des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen*

Art. 93 - In Artikel 4.11 § 2 Absatz 1 Nummer 1 Buchstabe *d*) des Dekrets vom 31. März 2014 über das Zentrum für die gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen wird die Wortfolge "wurden unverzüglich von dieser Übermittlung in Kenntnis gesetzt" durch die Wortfolge "haben vor dieser Übermittlung ihr Einverständnis erteilt und werden unverzüglich von der Übermittlung in Kenntnis gesetzt" ersetzt.

Art. 94 - Artikel 6.3 desselben Dekrets, zuletzt abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2017, wird wie folgt abgeändert:

1. § 1 Nummer 8 wird wie folgt ersetzt:
 - «8. Berater für frühkindliche Entwicklung:
 - a) Graduat oder Bachelor in Krankenpflege;
 - b) Graduat oder Bachelor als Hebamme;»
2. Folgender Paragraf 5 wird eingefügt:

«§ 5 - Die in einem Mitgliedstaat der Europäischen Union verliehenen Studiennachweise werden als erforderliche Befähigungsnachweise angesehen, wenn ihnen eine durch die Regierung ausgestellte Konformitätsbescheinigung oder Anerkennung beigelegt ist.»

Art. 95 - In Artikel 6.8 desselben Dekrets wird folgender Absatz 4 eingefügt:

«Unbeschadet von Absatz 1 gilt die im selben Absatz angeführte Weiterbildungsverpflichtung nicht für die Sachbearbeiter.»

Art. 96 - Artikel 6.15 Absatz 3 desselben Dekrets wird aufgehoben.

Art. 97 - Artikel 6.18 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert:

1. In Nummer 5 wird der Punkt am Ende des Satzes durch ein Semikolon ersetzt.

2. Folgende Nummer 6 wird eingefügt:

«6. er erbringt im Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung den Nachweis über das Bestehen einer mindestens 10 ECTS-Punkte umfassenden Zusatzausbildung im Bereich der systemischen Beratung.»

Art. 98 - In Artikel 6.32 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets wird folgender Satz eingefügt:

«für das Amt des Beraters für frühkindliche Entwicklung zusätzlich den Nachweis über das Bestehen einer in Artikel 6.18 Nummer 6 angeführten Zusatzausbildung erbracht haben;»

Art. 99 - In Artikel 6.55 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 20. Juni 2016, wird folgender Absatz 3 eingefügt:

«In Abweichung von Absatz 1 kann der Ersatz zu gleich welchem Zeitpunkt im Schuljahr und in gleich welchem Amt erfolgen.»

Art. 100 - Artikel 6.99 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 29. Juni 2015, wird wie folgt abgeändert:

1. Die Nummern 3 und 4 werden wie folgt ersetzt:

«3. die Organisation und Durchführung von schulischen Gesundheitsuntersuchungen und Vorsorgeuntersuchungen in Zusammenarbeit mit Ärzten in der Zweigstelle, in der Schule, in Vorsorgestellen und bei Bedarf im Rahmen von Hausbesuchen;

4. die Durchführung von prophylaktischen Maßnahmen im schulischen Umfeld im Fall von ansteckenden Krankheiten;»

2. Nummer 7 wird wie folgt ersetzt:

«7. die Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen, Erziehungsberechtigten und Familien sowie von Personalmitgliedern der Unterrichtseinrichtungen durch die Organisation und Durchführung von Animationen im Bereich der Gesundheitsförderung;»

Art. 101 - In Artikel 7.2 desselben Dekrets wird folgender Absatz 2 eingefügt:

«Wird das Stellenkapital für Koordinatoren aufgrund von Urlaubsformen nicht vollständig ausgeschöpft, kann das verbleibende Stellenkapital für das betreffende Schuljahr dem gemäß Artikel 7.5 festgelegten Stellenkapital hinzugefügt werden. Dieses übertragene Stellenkapital ist nicht für eine definitive Ernennung freigegeben.»

Art. 102 - In Artikel 10.10 desselben Dekrets, abgeändert durch die Dekrete vom 29. Juni 2015 und 20. Juni 2016, wird das Datum "1. September 2017" durch das Datum "1. September 2018" ersetzt.

KAPITEL 25 — Inkrafttreten

Art. 103 - Vorliegendes Dekret tritt am 1. September 2017 in Kraft mit Ausnahme:

1. der Artikel 2, 3, 79 und 99, die mit Wirkung vom 1. September 2016 in Kraft treten;
2. der Artikel 80 bis 91, die am Tag der Verabschiedung des vorliegenden Dekrets in Kraft treten;
3. der Artikel 26, 34, 35 und 67 bis 73, die am 1. Juli 2017 in Kraft treten;
4. der Artikel 5 Nummer 2, 7 Nummer 2, 14, 17, 21, 39 Nummer 2, 41 Nummer 2, 48, 54 Nummer 2, 56 Nummer 2, 64, 65 Nummer 1, 66 Nummer 1, 75, 77, 94 Nummer 1, 96, 97 und 98, die am 1. Januar 2018 in Kraft treten.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 26. Juni 2017

O. PAASCH

Der Ministerpräsident

I. WEYKMANS

Die Vize-Ministerpräsidentin, Ministerin für Kultur, Beschäftigung und Tourismus

A. ANTONIADIS

Der Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

H. MOLLERS

Der Minister für Bildung und wissenschaftliche Forschung

—
Fußnote

(1) *Sitzungsperiode 2016-2017*

Nummerierte Dokumente: 182 (2016-2017), Nr. 1 Dekretentwurf.

182 (2016-2017), Nrn. 2-4 Abänderungsvorschläge.

182 (2016-2017), Nr. 5 Bericht.

182 (2016-2017), Nr. 6 Abänderungsvorschläge zu dem vom Ausschuss angenommenen Text.

Ausführlicher Bericht: 26. Juni 2017 - Nr. 40 Diskussion und Abstimmung.

TRADUCTION

MINISTÈRE DE LA COMMUNAUTÉ GERMANOPHONE

[2017/203993]

26 JUIN 2017. — Décret portant des mesures en matière d'enseignement - 2017 (1)

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Modification de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du ministère de l'instruction publique*

Article 1^{er}. Dans l'article 16, § 1^{er}, A, a), de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, remplacé par le décret du 19 mars 2012 et modifié par le décret du 24 juin 2013, les mots "par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne" sont chaque fois remplacés par les mots "par un Etat membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales".

Art. 2. A l'article 17 de l'arrêté royal du 15 avril 1958 portant statut pécuniaire du personnel enseignant, scientifique et assimilé du Ministère de l'Instruction publique, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° il est inséré un § 4.1 rédigé comme suit :

« § 4.1 Lorsqu'il s'agit de membres du personnel occupant une fonction de sélection ou de promotion, les services effectivement prestés à partir de l'âge de 20, 21, 22, 23 ou 24 ans dans le cadre d'un contrat de travail auprès d'un employeur privé, en Belgique ou à l'étranger, ainsi que les services prestés en tant qu'indépendant ou titulaire d'une profession libérale sont pris en considération.

Les occupations à temps partiel sont prises en considération proportionnellement à une occupation à temps plein. »

2° dans le § 5 du même article, inséré par le décret du 24 juin 2013, les mots "2 et 4" sont remplacés par les mots "2, 4 et 4.1".

Art. 3. Le titre II, chapitre II, du même arrêté royal est complété par un article 40^{ter} rédigé comme suit :

« Art. 40^{ter}. Par dérogation à l'article 17^{bis}, les services mentionnés à l'article 17, § 4.1, alinéa 1^{er}, prestés par les membres du personnel qui, au 31 août 2017 occupent une fonction de sélection ou de promotion, sont reconnus au 1^{er} septembre 2016, dans la mesure où une demande datée et signée, à laquelle sont jointes les attestations de service requises, est introduite auprès de l'administration de l'enseignement. »

CHAPITRE 2. — *Modification de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 4. Dans l'article 7, a), de l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, modifié en dernier lieu par le décret du 11 mai 2009, est inséré un 8.1 rédigé comme suit :

« 8.1. coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé; »

CHAPITRE 3. — *Modification de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements*

Art. 5. A l'article 16 de l'arrêté royal du 22 mars 1969 fixant le statut des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique et artistique de l'Etat, des internats dépendant de ces établissements et des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots "à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien," sont insérés entre les mots "à titre temporaire" et les mots "à la fonction".

Art. 6. L'article 17, alinéa 2, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 7. A l'article 39 du même arrêté royal, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 26 juin 2006, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement;»

3° l'alinéa 3, remplacé par le décret du 26 juin 2006 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien";

4° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots "à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien," sont insérés entre les mots "à titre définitif" et les mots "à la fonction".

Art. 8. Dans l'article 41, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien" sont insérés entre les mots "l'enseignement fondamental ordinaire" et les mots ", pour ce qui est".

Art. 9. A l'article 91*octies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots "article 168, 2^o" sont remplacés par les mots "article 168";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Les dispositions du § 1^{er}" sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 91*septies*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 169, 2° à 4^o".

Art. 10. A l'article 91*decies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "Pendant la désignation," sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction,";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Si un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction".

Art. 11. Dans l'article 91*viciester*, alinéa 2, du même arrêté royal, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots "l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}" sont remplacés par les mots "l'article 91*octies*, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, et § 2, alinéa 1^{er}".

Art. 12. A l'article 121*septies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, les mots "article 168, 2^o" sont remplacés par les mots "article 168";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Le § 1^{er} vaut" sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 121*sexties*, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 169, 2° à 4°, valent".

Art. 13. A l'article 121*nonies* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "Pendant la désignation" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction" et dans le § 1^{er}, alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "Durant la désignation" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "S'il s'agit d'un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef d'établissement,".

Art. 14. Dans le chapitre XI*bis* du même arrêté royal, inséré par le décret du 25 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 169*undecies* rédigé comme suit :

« Art. 169*undecies*. L'article 16, alinéa 1^{er}, 5°, g), et l'article 39, alinéa 1^{er}, 5°, g), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 17 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

CHAPITRE 4. — *Modification de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements*

Art. 15. L'article 3, dernier alinéa, de l'arrêté royal du 22 avril 1969 fixant les titres requis des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et des internats dépendant de ces établissements, remplacé par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

Art. 16. L'article 14 du même arrêté royal, modifié en dernier lieu par le décret du 25 juin 2012, est complété par un 9. rédigé comme suit :

« 9. coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé :

9.1. l'intéressé remplit les conditions suivantes :

9.1.1. être porteur d'un des titres suivants :

9.1.1.1. diplôme d'instituteur primaire;

9.1.1.2. diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire inférieur;

9.1.1.3. diplôme d'agrégé de l'enseignement secondaire supérieur;

9.1.1.4. graduat ou bachelor d'éducateur;

9.1.1.5. licence ou master en sciences de l'éducation;

9.1.1.6. licence ou master en psychopédagogie;

9.1.1.7. licence ou master en pédagogie;

9.1.1.8. licence ou master en psychologie;

9.1.1.9. licence, master, graduat ou bachelor de logopède;

9.1.1.10. graduat ou bachelor d'ergothérapeute;

9.1.1.11. graduat ou bachelor d'assistant social;

9.1.2. complété par une formation complémentaire en pédagogie de soutien correspondant au moins à 15 points ECTS, cela ne valant pas pour les titres mentionnés au 9.1.1.9 et 9.1.1.10;

9.1.3. complété par deux années d'expérience professionnelle dans une école spécialisée ou dans un établissement qui encadre des enfants nécessitant un soutien pédagogique spécialisé en Belgique ou à l'étranger, les années calendaires et/ou scolaires où le membre du personnel était au moins occupé à mi-temps dans l'établissement concerné étant prises en considération pour déterminer les deux ans; ou

9.2. licence ou master en pédagogie de soutien, pédagogie curative ou orthopédagogie ou un titre reconnu équivalent par le Gouvernement. Vaut aussi comme titre requis tout diplôme sanctionnant une formation de l'enseignement supérieur du deuxième degré dont les matières principales sont liées à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement fondamental spécial. Dans ce cas, le Gouvernement décide, sur avis de l'inspection scolaire, si le diplôme qualifie la personne à exercer la fonction. »

Art. 17. L'article 15, 2°, du même arrêté royal est remplacé par ce qui suit :

« 2° infirmier :

a) graduat ou bachelor en soins infirmiers;

b) brevet en soins infirmiers. »

Art. 18. Dans l'article 17.1 du même arrêté royal, inséré par le décret du 5 mai 2014, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2019".

Art. 19. Dans l'article 17.2 du même arrêté royal, inséré par le décret du 29 juin 2015, le nombre "2017" est remplacé par le nombre "2019".

CHAPITRE 5. — *Modification de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone*

Art. 20. Dans l'article 4, § 1^{er}, de l'arrêté royal du 25 octobre 1971 fixant le statut des maîtres de religion, des professeurs de religion et des inspecteurs de religion des religions catholique, protestante, israélite, orthodoxe, islamique et anglicane dans les établissements d'enseignement de la Communauté germanophone, inséré par le décret du 25 mai 2009, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

Art. 21. Dans l'annexe du même arrêté royal, le A, § 3, f), abrogé par le décret du 24 juin 2013, est rétabli dans la rédaction suivante :

« f) un diplôme de l'enseignement supérieur du premier degré, complété par la preuve de la réussite d'une formation complémentaire en religion catholique, représentant au moins 130 points ECTS et reconnue par l'autorité compétente pour le culte concerné; ».

CHAPITRE 6. — *Modification de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire*

Art. 22. Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 20 juin 1975 relatif aux titres suffisants dans l'enseignement gardien et primaire, l'alinéa 2, inséré par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

CHAPITRE 7. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique*

Art. 23. Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements libres d'enseignement moyen ou d'enseignement normal subventionnés, y compris l'année postsecondaire psychopédagogique, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

CHAPITRE 8. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés*

Art. 24. Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans l'enseignement secondaire dispensé dans les établissements d'enseignement moyen ou d'enseignement normal officiels subventionnés, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

CHAPITRE 9. — *Modification de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale*

Art. 25. Dans l'article 3 de l'arrêté royal du 30 juillet 1975 relatif aux titres jugés suffisants dans les établissements subventionnés d'enseignement technique et d'enseignement professionnel secondaire de plein exercice et de promotion sociale, le § 3, inséré par le décret du 25 mai 2009, est remplacé par ce qui suit :

« Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

CHAPITRE 10. — *Modification de la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel*

Art. 26. A l'article 49, § 1^{er}, alinéa 3, de la loi du 19 juillet 1983 relative à l'apprentissage industriel, remplacé par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 4°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa est complété par un 5° rédigé comme suit :

« 5° les experts qui semblent utiles à la commission contrat d'apprentissage industriel pour remplir ses missions. »

CHAPITRE 11. — *Modification du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé*

Art. 27. L'article 5^{quater} du décret du 27 juin 1990 fixant la façon de déterminer les fonctions du personnel dans l'enseignement spécialisé, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 24 juin 2013, est abrogé.

Art. 28. A l'article 5^{quinquies} du même décret, inséré par le décret du 24 juin 2013 et remplacé par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots "onze emplois et demi" sont remplacés par les mots "douze emplois";

2° l'article est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« En application de l'article 25.1, le directeur du Centre de pédagogie de soutien peut, pour engager des personnes percevant des honoraires, utiliser au plus la contre-valeur d'un équivalent temps plein du capital emplois octroyé conformément à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 29. L'article 31^{ter} du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 25 octobre 2010, est abrogé.

Art. 30. L'article 34.2 du même décret, inséré par le décret du 16 janvier 2012 et abrogé par le décret du 20 juin 2016, est rétabli dans la rédaction suivante :

« Art. 34.2 Aide au soutien accordé aux élèves nécessitant un soutien pédagogique spécialisé dans les écoles spécialisées

§ 1^{er}. Afin de stimuler l'aptitude au diagnostic et d'élargir les compétences en pédagogie de soutien dans les écoles spécialisées, seize quarts d'emploi sont mis à la disposition de l'enseignement spécialisé.

Chaque pouvoir organisateur de l'enseignement spécialisé reçoit un certain nombre de quarts d'emploi calculé selon la formule suivante :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = nombre de quarts d'emploi mis à disposition de l'enseignement spécialisé conformément à l'alinéa 1^{er}

B = nombre d'élèves dans les écoles spécialisées du pouvoir organisateur

C = nombre total d'élèves dans les écoles spécialisées en Communauté germanophone

Si la première décimale du nombre de quarts d'emploi calculé est inférieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi inférieur. Si elle est égale ou supérieure à 5, le résultat est arrondi au quart d'emploi supérieur.

§ 2. Le jour de référence pour calculer le capital emplois est le dernier jour d'école du mois de janvier de l'année scolaire précédente.

§ 3. Les élèves suivants sont additionnés :

1° les élèves réguliers de l'enseignement maternel qui durant le mois de janvier ont été présents pendant au moins cinq jours d'école à raison de demi-journées;

2° les élèves réguliers de l'enseignement primaire;

3° les élèves réguliers de l'enseignement secondaire.

§ 4. Le capital emplois calculé conformément aux §§ 1^{er} à 3 est disponible pour l'année scolaire en cours.

§ 5. Le capital emplois calculé conformément aux §§ 1^{er} à 3 est utilisé par le pouvoir organisateur pour désigner ou engager à titre temporaire voire à nommer ou engager à titre définitif, des coordinateurs en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé.

Le capital emplois est ajouté au capital emplois calculé conformément à l'article 5^{ter}.

§ 6. En application de l'article 25.1, le chef d'établissement peut utiliser, pour financer des mesures de formation continue ou coachings spécifiques en vue de soutenir le personnel scolaire, au plus la contre-valeur d'un quart d'emploi du capital octroyé conformément aux §§ 1^{er} à 5, le diviseur mentionné à l'article 25.1, § 2, alinéa 1^{er}, étant égal à 38. »

Art. 31. L'article 53^{bis}, § 1^{er}, du même décret, inséré par le décret du 23 octobre 2000 et remplacé par le décret du 11 mai 2009, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Par dérogation au premier alinéa, le capital emplois mentionné à l'article 34.2 ne peut être transféré. »

Art. 32. Dans l'article 53^{ter}, § 7, du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004, remplacé par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les années "2016-2017" sont remplacées par les années "2019-2020".

Art. 33. Le chapitre IV^{ter} du même décret, inséré par le décret du 17 mai 2004 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, est complété par un article 53^{quinquies} rédigé comme suit :

« Art. 53^{quinquies}. Par dérogation à l'article 34.2, le capital emplois servant à désigner ou engager à titre temporaire, voire à nommer ou engager à titre définitif des coordinateurs en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé, correspond, pour les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019, au capital emplois octroyé à l'école spécialisée en question pour l'année scolaire 2016-2017 en application de l'article 5^{quater}.

Pendant les années scolaires 2017-2018 et 2018-2019, il faut entendre par capital emplois tel que mentionné à l'article 34.2, § 6, le capital emplois mentionné dans l'alinéa précédent. »

CHAPITRE 12. — *Modification du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 34. A l'article 93.59 du décret du 31 août 1998 relatif aux missions confiées aux pouvoirs organisateurs et au personnel des écoles et portant des dispositions générales d'ordre pédagogique et organisationnel pour les écoles ordinaires et spécialisées, inséré par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans l'intitulé, les mots "à la suite des contrôles" sont abrogés;

2° le § 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« § 1^{er}. Si la commission, en application de l'article 93.58, § 3, décide que l'enseignement à domicile ne peut être poursuivi, l'inscription dans une école organisée, subventionnée ou reconnue par la Communauté germanophone, la Communauté française ou la Communauté flamande ou encore par un État membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales est obligatoire. La commission estime le niveau de compétences atteint; sur avis de l'inspection scolaire et moyennant l'accord du membre mentionné à l'article 93.49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 3°, elle établit une attestation d'admissibilité portant sur le lieu de soutien, ainsi que sur la forme, l'orientation et l'année d'études, à l'exception des sixième et septième années de l'enseignement secondaire. Si l'attestation d'admissibilité est établie pour une école spécialisée, il faut en plus l'accord mentionné à l'article 93.7.

La commission transmet sa décision aux personnes chargées de l'éducation, par recommandé, et à l'inspection scolaire, par simple courrier, dans un délai de 15 jours ouvrables suivant la réception du courrier de l'inspection scolaire.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision, elles peuvent, dans les huit jours de sa réception, introduire un recours auprès du Gouvernement lorsque l'attestation d'admissibilité est établie pour une école ordinaire et auprès du président de la commission de soutien lorsque l'attestation est établie pour une école spécialisée. Le recours est introduit par recommandé ou contre remise d'un accusé de réception. La date du cachet de la poste ou de l'accusé de réception fait foi. Le recours est suspensif.

Le Gouvernement ou la commission de soutien, selon le cas, communique par écrit – par recommandé aux personnes chargées de l'éducation et par simple lettre au président de la commission de l'enseignement à domicile – sa décision motivée, et ce, dans un délai de 20 jours ouvrables suivant la date du recours.

Si les personnes chargées de l'éducation ne sont pas d'accord avec la décision prise par la commission de soutien, elles en informent le président de la commission par écrit dans les 14 jours ouvrables suivant l'envoi du recommandé contenant la décision. Le président renvoie alors l'affaire devant le juge de la jeunesse compétent.

La procédure mentionnée à l'article 93.28 s'applique au recours introduit devant la commission de soutien.

Le Gouvernement fixe la forme de l'attestation d'admissibilité. »

3° il est inséré un § 1.1 rédigé comme suit :

« § 1.1. Si les personnes chargées de l'éducation décident d'inscrire dans une école organisée ou subventionnée par la Communauté germanophone leur enfant soumis à l'obligation scolaire et suivant l'enseignement à domicile, la commission de l'enseignement à domicile peut, si nécessaire, délivrer une attestation d'admissibilité en application du § 1^{er}; par lettre de l'inspection scolaire, mentionnée au § 1^{er}, alinéa 2, il faut entendre la demande introduite par les personnes chargées de l'éducation. »;

4° dans le § 2, les mots "par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne" sont remplacés par les mots "par un Etat membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales".

Art. 35. Dans l'article 93.61, alinéas 1^{er} et 2, du même décret, insérés par le décret du 20 juin 2016, les mots "par une entité territoriale d'un Etat membre de l'Union européenne" sont chaque fois remplacés par les mots "par un Etat membre de l'Union européenne ou par l'une de ses entités territoriales".

Art. 36. A l'article 98 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} actuel formera le § 1^{er};

2° dans l'alinéa 2 actuel, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "alinéa 1^{er}" sont remplacés par les mots "§ 1^{er}";

3° les alinéas 2 et 3 actuels, insérés par le décret du 11 mai 2009 et modifiés par le décret du 28 juin 2010, formeront le § 2;

4° l'alinéa 4 actuel, inséré par le décret du 16 janvier 2012 et remplacé par le décret du 20 juin 2016, formera le § 3;

5° le même article est complété par un § 4 rédigé comme suit :

« § 4. Par dérogation au § 1^{er}, la mission du coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé consiste à :

1° conseiller et soutenir les enseignants lors des cours ou de mesures ciblées de différenciation ou de soutien pour des élèves individuellement ou des groupes d'élèves, éventuellement faire de l'enseignement en équipe;

2° observer des cours, des élèves individuellement et des groupes d'élèves;

3° coordonner les aides internes et externes ainsi que les contacts avec les parents;

4° préparer et introduire du matériel ou des modes d'intervention spéciaux que les enseignants et/ou les élèves peuvent ensuite utiliser de façon autonome;

5° coordonner toutes les mesures relatives à la pédagogie de soutien dans l'école concernée;

6° examiner du matériel relatif à la pédagogie de soutien et établir un catalogue;

7° promouvoir la coopération avec les autres établissements implantés sur le campus;

8° aider de manière ponctuelle lorsque les membres du personnel suivent des formations continues;

9° travailler avec les enfants;

10° tenir les documents individuels relatifs aux élèves en coopération avec le titulaire de classe et/ou le thérapeute (portfolio de soutien);

11° participer à des réunions régulières avec des organisations partenaires, notamment le Centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, mais aussi, entre autres, le service d'aide à la jeunesse, le service d'aide judiciaire à la jeunesse et des établissements thérapeutiques;

12° participer à des réunions d'équipe et à des journées de conférence, à la supervision, à la formation continuée, à des conseils de classe si nécessaire.

Les coordinateurs en pédagogie de soutien n'ont aucune autorité vis-à-vis des titulaires de classe.

Il est interdit au coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé de remplacer, dans le cadre de ses activités, un autre membre du personnel appartenant à la catégorie du personnel directeur et enseignant. »

Art. 37. Dans le même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 13 décembre 2016, il est inséré un chapitre X.1 intitulé comme suit :

« Chapitre X.1 — Temps de travail hebdomadaire »

Art. 38. Dans le chapitre X.1 du même décret, il est inséré un article 103.1 rédigé comme suit :

« Art. 103.1 Temps de travail hebdomadaire du coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé

Les prestations fournies par le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécial s'élèvent, dans le cadre d'une activité à temps plein, à 38 heures de 60 minutes par semaine en moyenne. Cette moyenne est calculée sur une période de référence de quatre mois. Dans les faits, le coordinateur en pédagogie de soutien dans l'enseignement spécialisé preste au moins 19 heures de 60 minutes par semaine auprès d'un pouvoir organisateur.

Le temps de travail hebdomadaire ne peut en aucun cas dépasser 50 heures. »

CHAPITRE 13. — *Modification du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre psycho-médico-social libre subventionné*

Art. 39. A l'article 33 du décret du 14 décembre 1998 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1^{er}, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots "à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien," sont insérés entre les mots "à titre temporaire" et les mots "à la fonction".

Art. 40. L'article 35, § 1^{er}, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 41. A l'article 49, § 1^{er}, du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1^{er}, 5°, du même arrêté royal, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un g) rédigé comme suit :

« g) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien";

4° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 5 mai 2014 et 29 juin 2015, les mots "dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien" sont insérés entre les mots "à titre définitif" et les mots "dans la fonction".

Art. 42. Dans l'article 53, alinéa 4, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien" sont insérés entre les mots "l'enseignement fondamental ordinaire" et les mots ", pour ce qui est".

Art. 43. A l'article 62.7 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre "78" est remplacé par les mots "79, 80, alinéa 1^{er}, 2^o";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Le § 1^{er} vaut " sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 62.6, § 2, alinéa 1^{er}, 4^o et 6^o, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1^o, valent".

Art. 44. A l'article 62.9 du même décret, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "Pendant son engagement" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Si un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou engagé à titre définitif dans une autre fonction".

Art. 45. Dans l'article 62.21, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 20 juin 2016, les mots "l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er}," sont remplacés par les mots "l'article 62.7, § 1^{er}, alinéa 1^{er} et § 2, alinéa 1^{er},".

Art. 46. A l'article 69.6 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre "78" est remplacé par les mots "79, 80, alinéa 1^{er}, 2^o,";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 25 mai 2009, les mots "Le § 1^{er} vaut" sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 69.5, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 80, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1°, valent".

Art. 47. A l'article 69.8 du même décret, inséré par le décret du 25 juin 2007 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, modifié par le décret du 11 mai 2009, les mots "Pendant son engagement" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction" et dans le § 1^{er}, alinéa 2, inséré par le décret du 11 mai 2009, les mots "Durant son engagement" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "S'il s'agit d'un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou engagé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef d'établissement".

Art. 48. Dans le titre IV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 119.10 rédigé comme suit :

« Art. 119.10 L'article 33, alinéa 1^{er}, 5°, g), et l'article 49, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, g), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 35 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

CHAPITRE 14. — *Modification du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire*

Art. 49. Dans l'article 1^{er} du décret du 25 juin 2001 contenant des mesures spéciales quant aux fonctions d'enseignant et portant adaptation du statut pécuniaire, les mots "dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée" sont remplacés par les mots "dans l'enseignement".

Art. 50. A l'article 5 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots "dans l'enseignement fondamental, dans l'enseignement secondaire de plein exercice, dans l'enseignement secondaire à horaire réduit ou dans la formation scolaire continuée" sont remplacés par les mots "dans l'enseignement".

CHAPITRE 15. — *Modification du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003*

Art. 51. L'article 11.4 du décret du 30 juin 2003 portant des mesures urgentes en matière d'enseignement 2003, inséré par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Les jours de congé de maladie sans lien avec la grossesse que prend un membre du personnel dans les six semaines précédant l'accouchement ne sont pas, en cas de reprise consécutive du travail avant l'accouchement, reportés dans le congé de maternité postnatal. Dans ce cas, ces jours ne sont pas déduits du nombre de jours de maladie dont dispose le membre du personnel en application du présent chapitre. En cas de grossesse multiple, la période est de huit semaines. »

Art. 52. A l'article 11.7, § 2, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1. dans la dernière phrase de l'alinéa 2, les mots "Aucun recours ne peut" sont remplacés par les mots "Un recours peut";

2. le paragraphe est complété par deux alinéas rédigés comme suit :

Le médecin traitant et le médecin contrôleur tentent, à l'occasion de cette procédure de recours, de parvenir à une décision commune. S'ils n'y arrivent pas, un médecin-expert désigné par le médecin contrôleur en accord avec le médecin du membre du personnel prendra la décision définitive.

Le Gouvernement détermine les autres modalités relatives à la procédure de recours. »

Art. 53. L'article 11.7, § 2, du même décret, modifié par le décret du 5 mai 2014, est complété par un alinéa 5 rédigé comme suit :

« La règle mentionnée au premier alinéa prend fin au plus tard après une période de cinq ans débutant le premier jour d'absence pour cause de maladie en lien direct avec l'infraction présumée. »

CHAPITRE 16. — *Modification du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement officiel subventionné et des centres psycho-médico-sociaux officiels subventionnés*

Art. 54. A l'article 20, § 1^{er}, du décret du 29 mars 2004 fixant le statut des membres du personnel subsidiés de l'enseignement libre subventionné et du centre PMS libre subventionné, modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 16 juillet 2012, est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° dans l'alinéa 5, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par le décret du 29 juin 2015, les mots "à la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien," sont insérés entre les mots "à titre définitif" et les mots "à la fonction".

Art. 55. L'article 22, alinéa 2, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008, est complété par la phrase suivante :

« Si le candidat souhaite faire valoir sa priorité dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien, les jours de service dans une autre fonction d'une autre catégorie pour laquelle il est porteur du titre requis sont également pris en considération. »

Art. 56. A l'article 37 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er}, 5°, a), remplacé par le décret du 23 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

« a) les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus; »;

2° l'alinéa 1^{er}, 5°, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, est complété par un f) rédigé comme suit :

« f) lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; »;

3° l'alinéa 3, inséré par le décret du 23 juin 2008 et modifié par le décret du 29 juin 2015, est complété par les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien";

4° dans l'alinéa 6, inséré par le décret du 11 mai 2009 et modifié par les décrets des 5 mai 2014 et 29 juin 2015, les mots "dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien" sont insérés entre les mots "à titre définitif" et les mots "dans la fonction".

Art. 57. Dans l'article 41, alinéa 3, du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les mots "ou dans la fonction de coordinateur en pédagogie de soutien" sont insérés entre les mots "l'enseignement fondamental ordinaire" et les mots ", pour ce qui est".

Art. 58. A l'article 56.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre "76" est remplacé par le nombre "77";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Les dispositions du § 1^{er}" sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 56.5, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1^o".

Art. 59. A l'article 56.8 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "Pendant sa désignation en tant que secrétaire administratif en chef celui-ci perçoit" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction, le secrétaire administratif en chef perçoit";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Si un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction".

Art. 60. A l'article 64.6 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre "76" est remplacé par le nombre "77";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "le § 1^{er}" sont remplacés par les mots "le § 1^{er} du présent article, l'article 64.5, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1^o".

Art. 61. A l'article 64.8 du même décret, inséré par le décret du 23 mars 2009 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, les mots "Pendant sa désignation en tant que directeur d'académie celui-ci perçoit" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction, le directeur d'académie perçoit";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Si un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction".

Art. 62. A l'article 64.17 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 1^{er}, le nombre "76" est remplacé par le nombre "77";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "Le § 1^{er} vaut" sont remplacés par les mots "Le § 1^{er} du présent article, l'article 64.16, § 2, alinéa 1^{er}, 4° et 6°, et alinéas 3 à 5, ainsi que l'article 78, à l'exception de l'alinéa 1^{er}, 1^o, valent".

Art. 63. A l'article 64.19 du même décret, inséré par le décret du 28 juin 2010 et modifié en dernier lieu par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéas 1^{er} et 2, les mots "Durant sa désignation" sont remplacés par les mots "Durant l'exercice de la fonction";

2° dans le § 2, alinéa 1^{er}, les mots "S'il s'agit d'un membre du personnel" sont remplacés par les mots "Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef d'établissement".

Art. 64. Dans le chapitre XIV du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, il est inséré un article 111*decies* rédigé comme suit :

« Art. 111*decies*. L'article 20, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, f), et l'article 37, alinéa 1^{er}, 5°, f), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 22 pour la fonction de maître/professeur de morale non confessionnelle dans l'enseignement primaire ou secondaire. »

CHAPITRE 17. — *Modification du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome*

Art. 65. A l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5^o, du décret du 27 juin 2005 portant création d'une haute école autonome, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le *a)* est remplacé par ce qui suit :

a. *"a)* les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus;";

2^o l'alinéa 2 est complété par un *f)* rédigé comme suit :

« *f)* lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de chargé de cours de morale non confessionnelle, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; ».

Art. 66. A l'article 5.31, alinéa 1^{er}, 5^o, du même décret, remplacé par le décret du 23 juin 2008 et modifié en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le *a)* est remplacé par ce qui suit :

a. *"a)* les trois dérogations sont intervenues dans une période de cinq années scolaires consécutives au plus;";

2^o l'alinéa 2 est complété par un *f)* rédigé comme suit :

« *f)* lorsqu'il s'agit d'un membre du personnel enseignant qui exerce la fonction de chargé de cours de morale non confessionnelle, celui-ci dispose d'un titre sanctionnant une formation complémentaire en morale non confessionnelle d'au moins 15 points ECTS délivré par un établissement d'enseignement supérieur de la Communauté germanophone ou d'un ou plusieurs titres reconnus équivalents par le Gouvernement; ».

Art. 67. L'article 5.83 du même décret, modifié par le décret du 24 juin 2013, est remplacé par ce qui suit :

« Article 5.83 Conditions d'admissibilité

Seul un membre du personnel de la haute école peut exercer cette fonction

1^o s'il remplit les conditions énumérées à l'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, à l'exception du 5^o et du 8^o;

2^o s'il dispose au moins d'un diplôme de l'enseignement supérieur du second degré;

3^o s'il a une expérience professionnelle utile d'au moins cinq ans;

4^o si son dernier bulletin de signalement ou rapport d'évaluation porte en conclusion au moins la mention "bien"; à défaut de bulletin ou de rapport, la présente condition est considérée comme remplie;

5^o s'il a introduit sa candidature dans la forme et le délai fixés dans l'appel aux candidats.

L'expérience professionnelle utile mentionnée à l'alinéa 1^{er}, 3^o, doit être acquise dans le cadre d'une activité professionnelle en lien avec la fonction exercée. Les services à temps partiel sont pris en considération proportionnellement à une occupation à temps plein.

Si la fonction ne peut être occupée par un membre du personnel de la haute école, elle peut l'être par une personne qui remplit les conditions mentionnées à l'alinéa 1^{er}. »

Art. 68. A l'article 5.84 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o l'alinéa 1^{er} est remplacé par ce qui suit :

« Le pouvoir organisateur publie un appel aux candidats par affichage dans la haute école et sous toute autre forme appropriée. L'appel aux candidats mentionne le profil requis du chef de département et les objectifs à réaliser pendant la durée du mandat. S'il est fait usage de la possibilité mentionnée à l'article 5.83, alinéa 3, l'appel aux candidats est de plus publié dans la presse. »;

2^o dans l'alinéa 2, la première phrase est remplacée par ce qui suit : "La candidature est introduite par recommandé."

Art. 69. Dans l'article 5.85 du même décret, l'alinéa 2 est remplacé par ce qui suit :

« Il se base entre autres sur les bulletins de signalement et rapports d'évaluation, le plan de stratégie et d'action introduit par le candidat, la qualification pédagogique, l'expérience professionnelle, le profil d'aptitude, ainsi que sur un entretien de candidature. »

Art. 70. Dans l'article 5.87, § 1^{er}, du même décret, remplacé par le décret du 27 juin 2011, le chiffre "3^o" est remplacé par le chiffre "5^o".

Art. 71. Dans l'article 5.89 du même décret, les mots "– pour autant qu'il s'agisse d'un membre du personnel de la haute école –" sont insérés entre les mots "membre du personnel" et les mots "pendant l'exercice".

Art. 72. A l'article 5.90 du même décret, modifié par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1^o dans l'alinéa 1^{er}, les mots "le membre du personnel perçoit, en plus de son traitement en tant que chargé de cours, une prime" sont remplacés par les mots "le chef de département perçoit un traitement en application des titres II à II.2 du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant majoré d'une prime".

2^o l'alinéa suivant est inséré entre les alinéas 1^{er} et 2 :

« Si un membre du personnel désigné pour une durée indéterminée ou nommé à titre définitif dans une autre fonction est désigné comme chef de département, il continue à percevoir son traitement par dérogation à l'alinéa 1^{er} et bénéficie d'une prime mensuelle compensatoire calculée comme suit : P = X - M

a. P = la prime

b. X = le traitement visé au premier alinéa

c. M = le traitement mensuel brut du membre du personnel »;

3^o dans les alinéas 2, 3 et 4 actuels, remplacés par le décret du 29 juin 2015 et qui deviennent respectivement les alinéas 3, 4 et 5, le mot "prime" est remplacé par les mots "prime mentionnée aux alinéas 1^{er} et 2".

Art. 73. Dans l'article 5.91 du même décret, les mots "A la fin du mandat, le membre du personnel retrouve sa fonction de chargé de cours" sont remplacés par "Au terme du mandat, le membre du personnel, dans la mesure où il est nommé à titre définitif ou désigné pour une durée indéterminée auprès de la haute école, retrouve son ancienne fonction".

Art. 74. A l'article 6.7 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 24 juin 2013, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le § 1^{er}, alinéa 3, remplacé par le décret du 25 mai 2009 et modifié par le décret du 24 juin 2013, l'année "2016-2017" est remplacée par l'année "2017-2018";

2° dans le § 1^{er}, alinéa 5, inséré par le décret du 16 janvier 2012, est complété par les mots "ainsi que 1,6 emploi de chargé de cours pour le département sciences sanitaires et infirmières".

Art. 75. Dans le titre 9 du même décret, il est inséré un article 9.11sexies rédigé comme suit :

« Art. 9.11sexies. L'article 5.15, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 5°, f), et l'article 5.31, alinéa 1^{er}, 5°, f), ne s'appliquent pas aux membres du personnel qui, au 31 août 2017, satisfont au régime de priorité mentionné à l'article 35 pour la fonction de chargé de cours de morale non confessionnelle. »

CHAPITRE 18. — *Modification du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement - 2006*

Art. 76. L'article 115.1 du décret du 26 juin 2006 portant des mesures en matière d'enseignement - 2006, inséré par le décret du 5 mai 2014, est complété par un § 3 rédigé comme suit :

« § 3. Par dérogation à l'article 14, 2°, de l'arrêté royal du 29 août 1966 fixant le statut des membres du personnel administratif, du personnel de maîtrise, gens de métier et de service des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat, le Gouvernement nomme, au 1^{er} octobre 2017, en application du § 1^{er}, alinéa 2, et du § 2, des membres du personnel administratif dans les emplois alors vacants, lorsqu'ils remplissent les conditions mentionnées au § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1° à 3°. »

CHAPITRE 19. — *Modification du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant*

Art. 77. A l'annexe II du décret du 21 avril 2008 portant valorisation du métier d'enseignant, remplacée par le décret du 16 juillet 2012 et modifiée en dernier lieu par le décret du 20 juin 2016, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 1°, la date "31 décembre 2018" est remplacée par la date "31 décembre 2017";

2° il est inséré un 2.1 rédigé comme suit :

« 2.1 pour la période allant du 1^{er} janvier 2018 au 31 décembre 2018

Echelles de traitement - Montants en euros

Echelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier	Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien	Ouvrier d'entretien qualifié
Aide-cuisinier	Cuisinier
13 862,41 - 15 763,35	14 350,11 - 18 657,98
03 (1) × 122,20	03 (1) × 157,44
02 (2) × 65,37	05 (2) × 218,79
10 (2) × 140,36	06 (2) × 299,83
	02 (2) × 471,31
Premier ouvrier spécialisé	Premier ouvrier spécialisé - chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié	Premier ouvrier d'entretien qualifié
Premier cuisinier	Chef d'équipe
14 454,85 - 19 308,81	Premier cuisinier - chef d'équipe
03 (1) × 157,43	14 973,19 - 20 416,26
05 (2) × 248,67	03 (1) × 245,75
08 (2) × 392,29	05 (2) × 313,50
	08 (2) × 392,29 ».

3° le 3° est remplacé par ce qui suit :

« 3° à partir du 1^{er} janvier 2019

Echelles de traitement - Montants en euros

Echelle de la classe d'âge 18 ans

Ouvrier	Ouvrier spécialisé
Ouvrier d'entretien	Ouvrier d'entretien qualifié
Aide-cuisinier	Cuisinier
14 002,43 - 15 922,58	14 495,06 - 18 846,44
03 (1) × 123,43	03 (1) × 159,03
02 (2) × 66,03	05 (2) × 220,99
10 (2) × 141,78	06 (2) × 302,86
	02 (2) × 476,09

Premier ouvrier spécialisé
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Premier cuisinier
14 600,86 - 19 503,85
03 (1) × 159,03
05 (2) × 251,18
08 (2) × 396,25

Premier ouvrier spécialisé - chef d'équipe
Premier ouvrier d'entretien qualifié
Chef d'équipe
Premier cuisinier - chef d'équipe
15 124,43 - 20 622,47
03 (1) × 248,23
05 (2) × 316,67
08 (2) × 396,25 ».

CHAPITRE 20. — *Modification du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit*

Art. 78. Dans l'article 69 du décret du 23 mars 2009 portant organisation de l'enseignement artistique à horaire réduit, modifié par le décret du 24 juin 2013, l'année "2016-2017" est remplacée par l'année "2020-2021".

CHAPITRE 21. — *Modification du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées*

Art. 79. Dans l'article 6, 6°, du décret du 11 mai 2009 relatif au centre de pédagogie de soutien, visant l'amélioration du soutien pédagogique spécialisé dans les écoles ordinaires et spécialisées et encourageant le soutien des élèves à besoins spécifiques ou en difficulté d'adaptation ou d'apprentissage dans les écoles ordinaires et spécialisées, les mots "des écoles ordinaires," sont remplacés par les mots "des écoles ordinaires et spécialisées ainsi que".

CHAPITRE 22. — *Modification du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009*

Art. 80. § 1^{er}. L'intitulé du chapitre I^{er} du décret du 25 mai 2009 portant sur des mesures en matière d'enseignement et de formation pour 2009 est remplacé par ce qui suit :

« Chapitre I^{er}. — Reconnaissance des qualifications professionnelles pour les professions réglementées dans l'enseignement en communauté germanophone dans le cadre de la Directive européenne 2005/36/CE ».

Art. 81. L'intitulé du chapitre I^{er}, section 1^{re}, du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Section 1^{re}. — Dispositions générales »

Art. 82. L'article 1^{er} du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Article 1^{er} Transposition de la directive

Le présent chapitre sert à la transposition partielle, dans les établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone, de la directive 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

La directive fixe les modalités selon lesquelles la Communauté germanophone, qui lie l'accès à une profession réglementée dans les établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone ou à son exercice à la possession de certaines qualifications professionnelles, reconnaît pour l'accès à une profession réglementée ou à son exercice en Communauté germanophone les qualifications professionnelles acquises dans un ou plusieurs autres Etats membres qui permettent à leur détenteur d'y exercer cette profession. »

Art. 83. L'article 2 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 2. Définitions

§ 1^{er}. Pour l'application du présent chapitre, il faut entendre par :

1° stage d'adaptation : l'exercice d'une profession réglementée qui est effectué sous la responsabilité d'un professionnel qualifié et qui est accompagné éventuellement d'une formation complémentaire. Le stage fait l'objet d'une évaluation. Les modalités du stage et de son évaluation ainsi que le statut du stagiaire migrant sont déterminés par le Gouvernement;

2° demandeur : ressortissant d'un Etat membre qui a acquis ses qualifications professionnelles dans un autre Etat membre que la Belgique, ou ressortissant d'un pays tiers qui tombe sous l'application de la directive et demande la reconnaissance;

3° titre de formation : tout diplôme, certificat d'examens et autre certificat d'aptitudes, délivré par les autorités d'un Etat membre dûment nommées dans le respect des règles de droit et d'administration dudit Etat pour la réussite d'une formation professionnelle majoritairement suivie en Communauté européenne. Lorsque la première phrase n'est pas d'application, un titre visé au paragraphe 2 est assimilé à un titre de formation;

4° expérience professionnelle : l'exercice effectif et licite, à temps plein ou à temps partiel, de la profession concernée dans un Etat membre;

5° qualifications professionnelles : les qualifications qui sont prouvées par un titre de formation, une attestation de compétence conformément à l'article 13, a), premier tiret, de la loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE;

6° pays tiers : un Etat auquel la directive ne s'applique pas;

7° épreuve d'aptitude : un contrôle des connaissances, aptitudes et compétences professionnelles du demandeur, qui est effectué ou reconnu par le Gouvernement et qui a pour but d'apprécier l'aptitude du demandeur à exercer une profession réglementée en Communauté germanophone.

Pour permettre ce contrôle, le Gouvernement établit une liste des matières qui, sur la base d'une comparaison entre la formation requise en Communauté germanophone et celle reçue par le demandeur, ne sont pas couvertes par le diplôme ou le ou les titres de formation dont le demandeur fait état.

L'épreuve d'aptitude doit prendre en considération le fait que le demandeur est un professionnel qualifié dans l'Etat membre d'origine ou de provenance. Elle porte sur des matières à choisir parmi celles figurant sur la liste et dont la connaissance est une condition essentielle pour pouvoir exercer la profession en question en Communauté germanophone. Cette épreuve peut également comprendre la connaissance de la déontologie applicable aux activités concernées en Communauté germanophone.

Les modalités de l'épreuve d'aptitude ainsi que le statut dont jouit le demandeur qui souhaite se préparer à l'épreuve d'aptitude en Communauté germanophone sont déterminés par le Gouvernement;

8° matières substantiellement différentes : les matières dont la connaissance, les aptitudes et les compétences acquises sont essentielles à l'exercice de la profession et pour lesquelles la formation reçue par le demandeur présente des différences significatives en termes de contenu par rapport à la formation exigée en Communauté germanophone;

9° loi : loi du 12 février 2008 instaurant un cadre général pour la reconnaissance des qualifications professionnelles UE;

10° Etat membre d'origine : un autre Etat membre ou plusieurs autres Etats membres dans le(s)quel(s) le demandeur a acquis ses qualifications professionnelles;

11° IMI : le système d'information du marché intérieur au sens du règlement (UE) n° 1024/2012 du Parlement européen et du Conseil du 25 octobre 2012 concernant la coopération administrative par l'intermédiaire du système d'information du marché intérieur ("règlement IMI");

12° certificat d'équivalence : une déclaration de l'administration qui confirme qu'une qualification professionnelle reçue dans un autre Etat membre donne accès à une ou plusieurs fonctions de recrutement mentionnées au 14°;

13° Etat membre : tout Etat membre de l'Union européenne ainsi que les autres Etats auxquels s'appliquent la directive;

14° professions réglementées : toutes les fonctions conformément à l'arrêté royal du 2 octobre 1968 déterminant et classant les fonctions des membres du personnel directeur et enseignant, du personnel auxiliaire d'éducation, du personnel paramédical et sociopsychologique des établissements d'enseignement gardien, primaire, spécialisé, moyen, technique, artistique et normal de l'Etat et les fonctions des membres du personnel du service d'inspection chargé de la surveillance de ces établissements, ainsi que toutes les fonctions conformément à l'article 6.2 du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes;

15° directive : la directive européenne 2005/36/CE du Parlement européen et du Conseil du 7 septembre 2005 relative à la reconnaissance des qualifications professionnelles.

§ 2. Est considéré équivalent à un diplôme de formation tout certificat de formation délivré par un pays tiers, pour autant que son titulaire jouisse de trois années d'expérience professionnelle dans le métier en question sur le territoire de l'Etat membre où ce certificat de formation est reconnu et que ledit Etat membre reconnaisse l'expérience professionnelle visée. »

Art. 84. Dans le chapitre I^{er} du même décret, il est inséré une section 2, comportant les articles 3 et 6, rédigée comme suit :

« Section 2. — Délivrance de certificats de conformité pour les fonctions dans l'enseignement »

Art. 85. L'article 3 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 3. Procédure de demande

§ 1^{er}. Afin d'obtenir un certificat d'équivalence, le demandeur introduit auprès du Gouvernement une demande qui reprend au moins les données suivantes :

1° le formulaire de demande;

2° un certificat de nationalité;

3° une copie des attestations de compétence ou du titre de formation qui permet d'entamer la profession concernée, ainsi que le supplément au diplôme y afférent, s'il y en a un;

4° une déclaration de l'autorité compétente de l'Etat membre où le candidat a suivi sa formation, déclaration dont il appert que le candidat peut porter le titre légal de la profession pour laquelle il a été formé, éventuellement avec mention du titre abrégé;

5° des attestations portant sur l'expérience professionnelle pertinente acquise par la personne concernée;

6° une attestation précisant que l'exercice de la profession n'a pas été interdit ni temporairement ni définitivement et qu'il n'existe aucune inscription dans l'extrait du casier judiciaire tel que visé à l'article 596, alinéa 2, du Code de procédure pénale ou dans tout autre certificat de bonnes vie et mœurs similaire.

Si le demandeur est dans l'incapacité de présenter le document mentionné au 4°, le Gouvernement s'adresse au point de contact, à l'autorité compétente ou à tout autre organisme pertinent de l'Etat membre d'origine.

Si nécessaire, le Gouvernement peut demander au demandeur de présenter des informations relatives à sa formation afin de constater si celle-ci, en vertu de l'article 13 de la loi, diverge ou non significativement de la formation exigée en Communauté germanophone.

Le Gouvernement a le droit d'exiger documents et informations complémentaires.

Si les documents introduits par le demandeur n'ont pas été délivrés en allemand, néerlandais, français ou anglais, le Gouvernement peut exiger du demandeur qu'il fasse traduire dans l'une de ces quatre langues lesdits documents par un traducteur juré établi dans l'un des Etats membres. La traduction originale sera visée par le tribunal de première instance.

Le Gouvernement accuse réception du dossier dans un délai d'un mois à compter de sa réception et, le cas échéant, informe le demandeur de tout document manquant.

Si le Gouvernement a un doute fondé, il peut exiger de l'autorité compétente de l'Etat membre une confirmation de l'authenticité des attestations et des titres de formation délivrés par l'Etat membre en question.

§ 2. Le formulaire de demande reprend au moins les données suivantes :

1° nom et prénom du demandeur;

2° date et lieu de naissance;

3° nationalité;

4° adresse;

5° durée normale des études pour les qualifications acquises;

6° descriptif précis des titres de formation;

7° preuves éventuelles de stages;

8° expérience professionnelle;

9° la fonction et, le cas échéant, les cours, spécialisations ou années d'études, dans lesquels le candidat a le droit d'exercer cette fonction dans son Etat membre d'origine;

10° le titre légal correspondant au diplôme du candidat, éventuellement avec son abréviation légale, octroyé par l'Etat membre d'origine, ainsi que les nom et adresse de l'établissement d'enseignement ou du jury d'examen qui lui a attribué ce titre. »

Art. 86. L'article 4 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 4. Délivrance du certificat d'équivalence

§ 1^{er}. Après examen de la demande, le Gouvernement prend l'une des décisions suivantes :

1° le certificat d'équivalence est délivré;

2° le certificat d'équivalence n'est pas encore délivré à ce stade, car le demandeur doit compenser les lacunes identifiées, mentionnées à l'article 5, par les mesures de mise à niveau mentionnées dans le même article;

3° Le certificat d'équivalence ne sera pas délivré car les conditions de reconnaissance de la section 1^{re} ne sont pas remplies.

Le Gouvernement prend l'une des décisions mentionnées à l'alinéa 1^{er} dans les deux mois suivant la remise du dossier complet par le candidat. La décision est motivée.

§ 2. Le demandeur reçoit un certificat d'équivalence dès que les lacunes identifiées conformément à l'article 5 sont compensées par les mesures de mise à niveau mentionnées dans le même article. »

Art. 87. L'article 5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 5. Lacunes et mesures de mise à niveau

§ 1^{er}. Conformément à l'article 16 de la loi, le Gouvernement peut exiger du demandeur qu'il se soumette à une épreuve d'aptitude ou qu'il accomplisse un stage d'adaptation pendant trois ans au maximum, et ce, dans l'un des cas mentionnés ci-après :

1° si sa formation se rapporte à des matières qui diffèrent substantiellement de celles couvertes par le titre de formation prescrit en Communauté germanophone;

2° s'il existe de grandes différences au niveau du contenu de la profession.

§ 2. Si le Gouvernement fait usage de la possibilité mentionnée au § 1^{er}, le candidat a le choix entre un stage d'adaptation et une épreuve d'aptitude. Si le demandeur choisit l'épreuve d'aptitude, le Gouvernement organise celle-ci dans un délai de six mois à compter de la notification écrite de cette décision.

Des frais pour l'organisation de l'épreuve d'aptitude ou du stage d'adaptation peuvent être réclamés au demandeur à concurrence de 1.000 euros. »

Art. 88. L'article 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 6. Certificat d'équivalence

Le certificat d'équivalence mentionne les raisons pour lesquelles le demandeur tombe dans le champ d'application de la directive.

Le certificat d'équivalence reprend au moins les informations suivantes :

1° nom et prénom du candidat;

2° date et lieu de naissance;

3° nationalité;

4° descriptif précis du titre de formation;

5° la fonction, ainsi que les cours, spécialisations et années d'études, dans lesquels le candidat a le droit d'exercer cette fonction en Communauté germanophone;

6° le titre légal de la formation, éventuellement avec son abréviation, octroyé par l'Etat membre d'origine, ainsi que les nom et adresse de l'établissement d'enseignement ou du jury d'examen qui lui a attribué ce titre;

7° La date d'émission du certificat d'équivalence.

Le certificat d'équivalence sera pourvu du sceau de la Communauté germanophone. »

Art. 89. Au chapitre I^{er} du même décret, il est inséré une section 3, comprenant l'article 7, intitulée comme suit :

« Section 3. — Mécanisme d'alerte »

Art. 90. L'article 7 du même décret est remplacé par ce qui suit :

« Art. 7. Mécanisme d'alerte

Le Gouvernement renseigne les autorités compétentes de tous les autres Etats membres sur un professionnel, issu de l'un des établissements d'enseignement organisés ou subventionnés par la Communauté germanophone, à qui l'exercice de la profession a été partiellement ou entièrement interdit – même de manière provisoire – sur le territoire belge par l'une des autorités de la Communauté germanophone ou un tribunal, ou à qui des restrictions ont été imposées.

Le Gouvernement transmet les données mentionnées à l'alinéa 1^{er} au moyen d'une alerte via le système IMI, au plus tard trois jours après la prise de décision. Ces informations se limitent aux éléments suivants :

1° l'identité du professionnel;

2° la profession concernée;

3° les informations sur l'autorité ou le tribunal qui a adopté la décision de restriction ou d'interdiction;

4° le champ de la restriction ou de l'interdiction;

5° la période pendant laquelle s'applique la restriction ou l'interdiction.

Conformément à l'article 27/1, § 1^{er}, de la loi, le Gouvernement informe, au plus tard dans un délai de trois jours à dater de l'adoption de la décision de justice, les autorités compétentes de tous les autres Etats membres, au moyen d'une alerte via le système IMI, de l'identité des professionnels qui ont demandé la reconnaissance d'une qualification en matière d'éducation des mineurs en vertu de la directive et qui, par la suite, ont été reconnus coupables par la justice d'avoir présenté de fausses preuves à l'appui de leurs qualifications professionnelles.

Le traitement de données à caractère personnel aux fins de l'échange de renseignements en vertu des alinéas 1^{er} et 3 s'opère conformément à la loi du 8 décembre 1992 relative à la protection de la vie privée à l'égard des traitements de données à caractère personnel et de la loi du 24 août 2005 visant à transposer certaines dispositions de la directive services financiers à distance et de la directive vie privée et communications électroniques.

Le Gouvernement qui transmet les informations conformément à l'alinéa 1^{er} communique immédiatement aux autorités compétentes de tous les Etats membres la date d'expiration de la durée de validité et toute modification ultérieure de cette date.

Simultanément à la notification aux autres Etats membres, le Gouvernement informe les professionnels concernés de la transmission de l'alerte. Si le professionnel concerné introduit un recours contre la décision conformément à l'article 27/1, § 3, de la loi ou exige la rectification de celle-ci, la décision concernant l'alerte est complétée par l'indication qu'elle fait l'objet d'un recours intenté par le professionnel.

Les alertes doivent être supprimées dans un délai de trois jours à compter du jour où elles sont rapportées ou de l'expiration de l'interdiction ou de la restriction visée à l'alinéa 1^{er}.

Art. 91. La section 2 actuelle et les articles 8 à 11 du même décret sont abrogés.

*CHAPITRE 23. — Modification du décret du 25 juin 2012
relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire*

Art. 92. A l'article 20, § 2, alinéa 1^{er}, du décret du 25 juin 2012 relatif à l'inspection scolaire et à la guidance en développement scolaire, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 6°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 7° rédigé comme suit :

« 7° rapport d'évaluation portant la mention "insuffisant". »

*CHAPITRE 24. — Modification du décret du 31 mars 2014
relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes*

Art. 93. Dans l'article 4.11, § 2, alinéa 1^{er}, 1°, d), du décret du 31 mars 2014 relatif au centre pour le développement sain des enfants et des jeunes, les mots "ont été informés de cette transmission" sont remplacés par les mots "ont marqué leur accord préalable et sont immédiatement informés de cette transmission".

Art. 94. A l'article 6.3 du même décret, modifié en dernier lieu par le décret du 20 février 2017, les modifications suivantes sont apportées :

1° le § 1^{er}, 8° (lire 9°), est remplacé par ce qui suit :

« 9° conseiller en développement de la petite enfance :

a) graduat ou bachelor en soins infirmiers;

b) graduat ou bachelor de sage-femme; »;

2° l'article est complété par un § 5 rédigé comme suit :

« § 5. Les certificats d'études délivrés par un Etat membre de l'Union européenne sont considérés comme des titres requis s'ils sont accompagnés d'un certificat d'équivalence ou d'une reconnaissance établis par le Gouvernement. »

Art. 95. L'article 6.8 du même décret est complété par un alinéa 4 rédigé comme suit :

« Sans préjudice de l'alinéa 1^{er}, l'obligation de formation continuée mentionnée dans ledit alinéa ne vaut pas pour les rédacteurs. »

Art. 96. L'article 6.15, alinéa 3, du même décret est abrogé.

Art. 97. A l'article 6.18, alinéa 1^{er}, du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1° dans le 5°, le point en fin de phrase est remplacé par un point-virgule;

2° l'alinéa 1^{er} est complété par un 6° rédigé comme suit :

« 6° dans la fonction de conseiller en développement de la petite enfance, il présente un certificat attestant de la réussite d'une formation complémentaire dans le domaine du conseil systémique correspondant au moins à 10 points ECTS. »

Art. 98. Dans l'article 6.32, alinéa 1^{er}, 5°, du même décret sont insérés après le mot "conférer" les mots suivants :

« , pour la fonction de conseiller en développement de la petite enfance, avoir présenté un certificat attestant de la réussite de la formation complémentaire mentionnée à l'article 6.18, 6° ».

Art. 99. L'article 6.55 du même décret, modifié par le décret du 20 juin 2016, est complété par un alinéa 3 rédigé comme suit :

« Par dérogation à l'alinéa 1^{er}, le remplacement peut intervenir à n'importe quel moment de l'année scolaire et dans n'importe quelle fonction. »

Art. 100. A l'article 6.99 du même décret, inséré par le décret du 29 juin 2015, les modifications suivantes sont apportées :

1° les 3° et 4° sont remplacés par ce qui suit :

« 3° en coopération avec des médecins, organiser et mener des examens médicaux et de dépistage au sein de l'antenne, à l'école, dans des services de prévention et, si nécessaire, dans le cadre de visites à domicile;

4° mener des mesures prophylactiques dans l'environnement scolaire en cas de maladies contagieuses; »;

2° le 7° est remplacé par ce qui suit :

« 7° sensibiliser les enfants et les jeunes, les personnes chargées de l'éducation et les familles, ainsi que les membres du personnel des établissements d'enseignement en organisant et menant des animations dans le domaine de la promotion de la santé; ».

Art. 101. L'article 7.2 du même décret est complété par un alinéa rédigé comme suit :

« Si le capital emplois pour les coordinateurs n'est pas épuisé en raison de formes de congé, le capital emplois restant peut, pour l'année scolaire concernée, être ajouté au capital emplois fixé conformément à l'article 7.5. Ce capital emplois transféré n'est pas libérable pour une nomination à titre définitif. »

Art. 102. Dans l'article 10.10 du même décret, modifié par les décrets du 29 juin 2015 et du 20 juin 2016, la date "1^{er} septembre 2017" est remplacée par la date "1^{er} septembre 2018".

CHAPITRE 25. — *Entrée en vigueur*

Art. 103. Le présent décret entre en vigueur le 1^{er} septembre 2017, à l'exception :

1° des articles 2, 3, 79 et 99, qui produisent leurs effets le 1^{er} septembre 2016;

2° des articles 80 à 91 qui entrent en vigueur le jour de l'adoption du présent décret;

3° des articles 26, 34, 35 et 67 à 73, qui entrent en vigueur le 1^{er} juillet 2017;

4° des articles 5, 2°, 7, 2°, 14, 17, 21, 39, 2°, 41, 2°, 48, 54, 2°, 56, 2°, 64, 65, 1°, 66, 1°, 75, 77, 94, 1°, 96, 97 et 98, qui entrent en vigueur le 1^{er} janvier 2018.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 26 juin 2017.

O. PAASCH

Le Ministre-Président

I. WEYKMANS

La Vice-Ministre-Présidente, Ministre de la Culture, de l'Emploi et du Tourisme

A. ANTONIADIS

Le Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

H. MOLLERS

Le Ministre de l'Education et de la Recherche scientifique

—————
Note

(1) *Session 2016-2017.*

Documents parlementaires : 182 (2016-2017), n° 1. Projet de décret.

182 (2016-2017), n°s 2 à 4. Propositions d'amendement.

182 (2016-2017), n° 5. Rapport.

182 (2016-2017), n° 6. Propositions d'amendement au texte adopté par la commission.

Compte rendu intégral : 26 juin 2017, n° 40. Discussion et vote.

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[2017/203993]

26 JUNI 2017. — Decreet houdende maatregelen inzake onderwijs 2017 (1)

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :
HOOFDSTUK 1. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs*

Artikel 1. In artikel 16, § 1, A, a), van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, vervangen bij het decreet van 19 maart 2012 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de woorden "door een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie" vervangen door de woorden "door een lidstaat van de Europese Unie of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie."

Art. 2. In artikel 17 van het koninklijk besluit van 15 april 1958 houdende bezoldigingsregeling van het onderwijzend, wetenschappelijk en daarmee gelijkgesteld personeel van het Ministerie van Openbaar Onderwijs, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4.1, luidende :

« § 4.1 Bij personeelsleden die een selectieambt of een bevorderingsambt bekleden, wordt rekening gehouden met de diensten die ze vanaf de leeftijd van 20, 21, 22, 23 of 24 jaar hebben verricht in het kader van een arbeidsovereenkomst bij een private werkgever in het binnenland of het buitenland, alsook als zelfstandige of als beoefenaar van een vrij beroep.

Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking aangerekend. »

2° in paragraaf 5, ingevoegd bij het decreet van 19 maart 2012 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de woorden "§§ 1, 2 en 4" vervangen door de woorden "§§ 1, 2, 4 en 4.1".

Art. 3. In titel II, hoofdstuk II, van hetzelfde koninklijk besluit wordt een artikel 40ter ingevoegd, luidende :

« Art. 40ter. In afwijking van artikel 17bis geschiedt de erkenning van de diensten vermeld in artikel 17, § 4.1, eerste lid, bij personeelsleden die op 31 augustus 2017 een selectieambt of een bevorderingsambt bekleeden, op 1 september 2016, voor zover een gedateerde en ondertekende aanvraag, samen met de vereiste dienstattesten, bij het Onderwijsbestuur werd ingediend.»

HOOFDSTUK 2. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 4. Artikel 7, a), van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 11 mei 2009, wordt aangevuld met een bepaling onder 8.1, luidende :

« 8.1. coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs; »

HOOFDSTUK 3. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen*

Art. 5. In artikel 16 van het koninklijk besluit van 22 maart 1969 tot vaststelling van het statuut van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel der inrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen en van de leden van de inspectiedienst die belast is met het toezicht op deze inrichtingen, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt aangevuld met een bepaling onder g), luidende :

« g) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het zesde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 6. Artikel 17, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt aangevuld met de volgende zin :

« Indien de kandidaat zijn voorrang in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek wil doen gelden, worden ook de dienstdagen in een ander ambt van een andere categorie waarvoor hij het vereiste bekwaamheidsbewijs bezit, in aanmerking genomen. »

Art. 7. In artikel 39 van hetzelfde koninklijk besluit, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 26 juni 2006, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een bepaling onder g), luidende :

« g) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het derde lid, vervangen bij het decreet van 26 juni 2006 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden na de woorden "in het gewoon basisonderwijs" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd;

4° in het vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 8. In artikel 41, derde lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "basisonderwijs" en het woord "geen" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd.

Art. 9. In artikel 91octies van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "168, 2°," vervangen door het getal "168";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "De bepalingen van § 1" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 91septies, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 169, 2° tot 4°,".

Art. 10. In artikel 91*decies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "Tijdens zijn aanstelling ontvangt het departementshoofd" vervangen door de woorden "Tijdens de uitoefening van het ambt ontvangt het departementshoofd";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "een personeelslid" vervangen door de woorden "een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid".

Art. 11. In artikel 91*viciester*, tweede lid, van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid," vervangen door de woorden "artikel 91*octies*, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 12. In artikel 121*septies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, worden de woorden "168, 2°," vervangen door het getal "168";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Paragraaf 1 geldt" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 121*sexies*, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 169, 2° tot 4°, gelden".

Art. 13. In artikel 121*nonies* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in paragraaf 1, eerste en tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "de aanstelling", respectievelijk de woorden "zijn aanstelling" vervangen door de woorden "de uitoefening van zijn ambt".

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Gaat het om een personeelslid" vervangen door de woorden "Wordt een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid als inrichtingshoofd aangewezen".

Art. 14. Hoofdstuk XI*bis* van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een artikel 169*undecies*, luidende :

« Art. 169*undecies*. Artikel 16, eerste lid, 5°, g), en artikel 39, eerste lid, 5°, g) zijn niet van toepassing op personeelsleden die op 31 augustus 2017 voldoen aan de voorrangsregel vermeld in artikel 17 voor het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs. »

HOOFDSTUK 4. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psycho-sociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen*

Art. 15. In artikel 3, laatste lid, van het koninklijk besluit van 22 april 1969 betreffende de bekwaamheidsbewijzen vereist van de leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psycho-sociaal personeel der rijksinrichtingen voor kleuter-, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, alsmede der internaten die van deze inrichtingen afhangen, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

Art. 16. Artikel 14 van hetzelfde koninklijk besluit, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 25 juni 2012, wordt aangevuld met een bepaling onder 9°, luidende :

« 9° coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs :

9.1. de betrokkene voldoet aan de volgende voorwaarden :

9.1.1. houder zijn van één van de volgende studiegetuigschriften :

9.1.1.1. diploma van onderwijzer voor het lager onderwijs;

9.1.1.2. diploma van geaggregeerde voor het lager secundair onderwijs;

9.1.1.3. diploma van geaggregeerde voor het hoger secundair onderwijs;

9.1.1.4. graduaat of bachelor als opvoeder;

9.1.1.5. licentie of master in de opvoedingswetenschappen;

9.1.1.6. licentie of master in de psychopedagogie;

9.1.1.7. licentiaat of master in de pedagogie;

9.1.1.8. licentiaat of master in de psychologie;

9.1.1.9. licentie, master, graduaat of bachelor in de logopedie;

9.1.1.10. graduaat of bachelor in de ergotherapie;

9.1.1.11. graduaat of bachelor in het sociaal werk (maatschappelijk assistent);

9.1.2. aangevuld met een aanvullende opleiding in de bevorderingspedagogiek ten belope van ten minste 15 ECTS-punten; dat geldt niet voor de studiegetuigschriften vermeld in de bepalingen onder 9.1.1.9 en 9.1.1.10;

9.1.3. aangevuld met twee jaar beroepservaring, opgedaan in een gespecialiseerde school of in een instelling voor de opvang van kinderen met specifieke onderwijsbehoeften in het binnenland of het buitenland; voor de berekening van de twee jaar worden kalenderjaren en/of schooljaren in aanmerking genomen waarin het personeelslid minstens halftijds in de betrokken instelling werkzaam was, of

9.2. licentie of master in de bevorderingspedagogiek, de heilpedagogie of de orthopedagogie of een bewijs dat door de Regering als gelijkwaardig wordt erkend. Als vereist bekwaamheidsbewijs geldt eveneens elk diploma dat werd uitgereikt ter afsluiting van een opleiding van het hoger onderwijs van de tweede graad en waarvan de hoofdvakken verband houden met het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs. In dat geval beslist de Regering, op basis van een advies van de onderwijsinspectie, of het diploma de houder ervan in staat stelt om het ambt uit te oefenen. »

Art. 17. Artikel 15, 2°, van hetzelfde koninklijk besluit wordt vervangen als volgt :

« 2° verpleegkundige :

a) graduaat of bachelor in de verpleegkunde;

b) brevet in de verpleegkunde. »

Art. 18. In artikel 17.1 van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 5 mei 2014, wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2019".

Art. 19. In artikel 17.2 van hetzelfde koninklijk besluit, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt het getal "2017" vervangen door het getal "2019".

HOOFDSTUK 5. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap*

Art. 20. In artikel 4, § 1, tweede lid, van het koninklijk besluit van 25 oktober 1971 tot vaststelling van het statuut van de leermeesters, de leraars en de inspecteurs katholieke, protestantse, Israëlite, orthodoxe, islamitische en anglicaanse godsdienst der onderwijsinrichtingen van de Duitstalige Gemeenschap, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

Art. 21. In de bijlage bij hetzelfde koninklijk besluit wordt de bepaling onder A), § 3, f), opgeheven bij het decreet van 24 juni 2013, hersteld als volgt :

« f) een diploma van het hoger onderwijs van de eerste graad, aangevuld met het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding in de katholieke godsdienst die ten minste 130 ECTS-punten omvat en die door de bevoegde instantie van de betrokken eredienst is erkend; »

HOOFDSTUK 6. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs*

Art. 22. In artikel 3, tweede lid, van het koninklijk besluit van 20 juni 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het kleuter- en lager onderwijs, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

HOOFDSTUK 7. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar*

Art. 23. In artikel 3, § 3, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs dat verstrekt wordt in de gesubsidieerde vrije inrichtingen voor middelbaar onderwijs of voor normaalonderwijs, met inbegrip van het postsecundair psycho-pedagogisch jaar, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

HOOFDSTUK 8. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs*

Art. 24. In artikel 3, § 3, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in het secundair onderwijs georganiseerd in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor middelbaar onderwijs en in de gesubsidieerde officiële inrichtingen voor normaalonderwijs, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

HOOFDSTUK 9. — *Wijziging van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie*

Art. 25. In artikel 3, § 3, van het koninklijk besluit van 30 juli 1975 betreffende de voldoende geachte bekwaamheidsbewijzen in de gesubsidieerde inrichtingen voor secundair technisch en beroepsonderwijs met volledig leerplan en voor sociale promotie, ingevoegd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest" vervangen door de woorden "een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of een door de Regering uitgereikte erkenning".

HOOFDSTUK 10. — *Wijziging van de wet van 19 juli 1983 op het industrieel leerlingwezen*

Art. 26. In artikel 49, § 1, derde lid, van de wet van 19 juli 1983 op het industrieel leerlingwezen, vervangen bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 4° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° er wordt een bepaling onder 5° ingevoegd, luidende :

« 5° deskundigen die de commissie voor industriële leerovereenkomsten nuttig lijken voor de uitoefening van hun taken. »

HOOFDSTUK 11. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel in het gespecialiseerd onderwijs worden bepaald*

Art. 27. Artikel 5^{quater} van het decreet van 27 juni 1990 tot vaststelling van de wijze waarop de ambten van het personeel in het gespecialiseerd onderwijs worden bepaald, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt opgeheven.

Art. 28. In artikel 5^{quinquies} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 24 juni 2013 en vervangen bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het getal "11,5" wordt vervangen door het getal "12";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Met toepassing van artikel 25.1 kan de directeur van het Centrum voor bevorderingspedagogiek ten hoogste de tegenwaarde van een voltijdse betrekking van het overeenkomstig het eerste lid toegekende betrekkingenpakket benutten om personen in dienst te nemen die op honorariumbasis werken. »

Art. 29. Artikel 31^{ter} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 25 oktober 2010, wordt opgeheven.

Art. 30. Artikel 34.2 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012 en opgeheven bij het decreet van 20 juni 2016, wordt hersteld als volgt :

« Art. 34.2 Hulp bij de ondersteuning van leerlingen met specifieke onderwijsbehoeften in gespecialiseerde scholen

§ 1. Om de vaardigheden op het vlak van handelingsgerichte diagnostiek te stimuleren en de competenties op het gebied van bevorderingspedagogiek in de gespecialiseerde scholen te vergroten, worden het gespecialiseerd onderwijs 16 vierden van een betrekking ter beschikking gesteld.

Elke inrichtende macht van het gespecialiseerd onderwijs krijgt een bepaald aantal vierden van een betrekking, berekend volgens deze formule :

$$\frac{A \times B}{C}$$

A = aantal vierden van een betrekking dat overeenkomstig het eerste lid ter beschikking gesteld wordt van het gespecialiseerd onderwijs

B = aantal leerlingen in de gespecialiseerde scholen van de inrichtende macht

C = totaal aantal leerlingen in de gespecialiseerde scholen in de Duitstalige Gemeenschap

Indien het eerste decimaal getal kleiner dan 5 is, wordt tot het vorige vierde van een betrekking afgerond. Vanaf een waarde van 5 wordt tot het volgende vierde van een betrekking afgerond.

§ 2. Als teldag voor de berekening geldt de laatste schooldag van januari van het voorgaande schooljaar.

§ 3. De volgende leerlingenaantallen worden samengeteld :

1° het aantal regelmatige kleuters dat tijdens de maand januari gedurende ten minste vijf schooldagen ten belope van halve dagen aanwezig was;

2° het aantal regelmatige leerlingen lager onderwijs;

3° het aantal regelmatige leerlingen secundair onderwijs.

§ 4. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de §§ 1 tot 3 is beschikbaar voor het lopende schooljaar.

§ 5. Het betrekkingenpakket vastgelegd overeenkomstig de §§ 1 tot 3 wordt door de inrichtende macht gebruikt om coördinatoren voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs tijdelijk aan te stellen of tijdelijk aan te werven ofwel vast te benoemen of definitief aan te stellen.

Het betrekkingenpakket wordt gevoegd bij het betrekkingenpakket berekend overeenkomstig artikel 5^{ter}.

§ 6. Met toepassing van artikel 25.1 kan het schoolhoofd ten hoogste de tegenwaarde van één vierde van een betrekking van het overeenkomstig de §§ 1 tot 5 toegekende betrekkingenpakket benutten om specifieke maatregelen inzake voortgezette opleiding of coaching ter ondersteuning van het schoolpersoneel te financieren, waarbij de deler vermeld in artikel 25.1, § 2, eerste lid, 38 bedraagt. »

Art. 31. Artikel 53^{bis}, § 1, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 oktober 2000 en vervangen bij het decreet van 11 mei 2009, wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« In afwijking van het eerste lid mag het betrekkingenpakket vermeld in artikel 34.2 niet overgedragen worden. »

Art. 32. In artikel 53^{ter}, § 7, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 17 mei 2004, vervangen bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de jaartallen "2016-2017" vervangen door de jaartallen "2019-2020".

Art. 33. In hoofdstuk IV^{ter} van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 17 mei 2004 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, wordt een artikel 53^{quinquies} ingevoegd, luidende :

« Art. 53^{quinquies}. In afwijking van artikel 34.2 stemt het betrekkingenpakket om coördinatoren voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs tijdelijk aan te stellen of tijdelijk aan te werven ofwel vast te benoemen of definitief aan te stellen, voor de schooljaren 2017-2018 en 2018-2019 overeen met het betrekkingenpakket dat met toepassing van artikel 5^{quater} aan de betrokken gespecialiseerde school is toegekend voor het schooljaar 2016-2017.

Tijdens de schooljaren 2017-2018 en 2018-2019 wordt onder het betrekkingenpakket vermeld in artikel 34.2, § 6, verstaan : het betrekkingenpakket vermeld in het vorige lid. »

HOOFDSTUK 12. — *Wijziging van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen*

Art. 34. In artikel 93.59 van het decreet van 31 augustus 1998 betreffende de opdrachten toevertrouwd aan de inrichtende machten en aan het schoolpersoneel en houdende algemene pedagogische en organisatorische bepalingen voor de gewone en gespecialiseerde scholen, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het opschrift worden de woorden "naar aanleiding van de controles" opgeheven;

2° paragraaf 1 wordt vervangen als volgt :

« § 1. Indien de commissie met toepassing van artikel 93.58, § 3, beslist dat het huisonderwijs niet kan worden voortgezet, moet de leerling ingeschreven worden in een school die georganiseerd, gesubsidieerd of erkend is door de Duitstalige Gemeenschap, de Franstalige Gemeenschap, de Vlaamse Gemeenschap of door een lidstaat van de Europese Unie of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie. De commissie schat het bereikte competentieniveau in en stelt op basis van het advies van de onderwijsinspectie en met instemming van het lid vermeld in artikel 93.49, § 1, eerste lid, 3°, een toelatingsattest op dat betrekking heeft op de ondersteuningsplaats, de studievorm, de studierichting en het studiejaar, met uitzondering van het zesde en het zevende jaar van het secundair onderwijs. Indien het toelatingsattest opgesteld wordt voor een gespecialiseerde school, moet ook het advies vermeld in artikel 93.7 worden ingediend.

De commissie deelt haar beslissing mee binnen vijftien werkdagen na ontvangst van de brief van de onderwijsinspectie; de mededeling aan de personen belast met de opvoeding geschiedt per aangetekende brief; de mededeling aan de onderwijsinspectie geschiedt per gewone brief.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met de beslissing, kunnen ze binnen acht dagen na ontvangst van de beslissing beroep instellen; als het toelatingsattest opgesteld is voor een gewone school, kunnen ze beroep instellen bij de Regering; als het toelatingsattest opgesteld is voor een gespecialiseerde school, kunnen ze beroep instellen bij de voorzitter van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften. Het beroep wordt ingesteld per aangetekende brief of tegen ontvangstbewijs. De datum van de poststempel of van het ontvangstbewijs geldt als indieningsdatum. Het beroep is opschortend.

De Regering of, naargelang van het geval, het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften deelt de met redenen omklede beslissing schriftelijk mee binnen een termijn van twintig werkdagen na de datum van het beroep; de mededeling aan de personen belast met de opvoeding geschiedt per aangetekende brief; de mededeling aan de voorzitter van de commissie voor huisonderwijs geschiedt per gewone brief.

Indien de personen belast met de opvoeding het niet eens zijn met de beslissing van het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften, delen zij dit schriftelijk mee aan de voorzitter van dat Comité, binnen een termijn van veertien werkdagen na verzending van de aangetekende brief die de beslissing bevat. Deze verwijst de zaak vervolgens naar de bevoegde jeugdrechter.

De procedure vermeld in artikel 93.28 is van toepassing op het beroep ingesteld bij het Comité voor onderwijs aan leerlingen met specifieke behoeften.

De Regering legt de vorm van het toelatingsattest vast. »

3° de volgende § 1.1 wordt ingevoegd :

« § 1.1 Indien de personen belast met de opvoeding beslissen om hun leerplichtige kind dat huisonderwijs volgt, in te schrijven in een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde school, kan de commissie voor huisonderwijs met toepassing van paragraaf 1 zo nodig een toelatingsattest opstellen, waarbij onder de 'brief van de onderwijsinspectie' vermeld in § 1, tweede lid, de aanvraag van de personen belast met de opvoeding moet worden verstaan. »

4° In paragraaf 2 worden de woorden "door een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie" vervangen door de woorden "door een lidstaat van de Europese Unie of door een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie".

Art. 35. In artikel 93.61, eerste en tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de woorden "een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie" vervangen door de woorden "een lidstaat van de Europese Unie of een territoriale entiteit van een lidstaat van de Europese Unie".

Art. 36. In artikel 98 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt paragraaf 1;

2° in het tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "het eerste lid" vervangen door de woorden " § 1";

3° het tweede lid en het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 28 juni 2010, worden paragraaf 2;

4° het vierde lid, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012 en vervangen bij het decreet van 20 juni 2016, wordt paragraaf 3;

5° hetzelfde artikel wordt aangevuld met een paragraaf 4, luidende :

« § 4. In afwijking van § 1 omvat de opdracht van de coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs de volgende taken :

1° advisering en ondersteuning van de leerkrachten bij het lesgeven of doelgerichte differentiërende of ondersteunende maatregelen voor afzonderlijke leerlingen of groepen van leerlingen, eventueel *teamteaching*;

2° lessen, afzonderlijke leerlingen en groepen van leerlingen observeren;

3° de interne en externe hulp en de contacten met de ouders coördineren;

4° speciaal materiaal of speciale methoden voorbereiden en invoeren die de leerkrachten en/of de leerlingen daarna zelfstandig kunnen benutten;

5° alle vormen van pedagogische ondersteuning aan de school in kwestie coördineren;

6° een catalogus voor ondersteunend materiaal selecteren en opmaken;

7° de samenwerking met de andere instellingen die op de campus gevestigd zijn, bevorderen;

8° gerichte ondersteuning bieden wanneer het personeel voortgezette opleidingen volgt;

9° werken met kinderen;

10° de individuele ontwikkeling van de leerlingen documenteren, in samenwerking met de klastitularis en/of de therapeuten (ondersteuningsportfolio);

11° deelnemen aan regelmatige bijeenkomsten met partnerorganisaties, in het bijzonder het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren, maar ook - onder meer - de dienst voor jeugdbijstand, de dienst voor gerechtelijke jeugdbijstand en therapeutische instellingen;

12° indien nodig deelnemen aan teamvergaderingen, conferentiedagen, supervisie, voortgezette opleiding en klassenraden.

De coördinatoren voor bevorderingspedagogiek hebben geen beslissingsbevoegdheid ten aanzien van de klastitularissen.

De coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs mag in het kader van zijn werk geen ander personeelslid van het bestuurs- en onderwijzend personeel vervangen. »

Art. 37. In hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 13 december 2016, wordt een hoofdstuk X.1 ingevoegd, luidende :

« HOOFDSTUK X.1 — Wekelijkse werktijd »

Art. 38. In hoofdstuk X.1 van hetzelfde decreet wordt een artikel 103.1 ingevoegd, luidende :

« Art. 103.1 Wekelijkse werktijd van de coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs

De coördinator voor bevorderingspedagogiek in het gespecialiseerd onderwijs presteert in het kader van een voltijdse betrekking gemiddeld 38 uren van 60 minuten per week. Het gemiddelde wordt op basis van een referentieperiode van vier maanden berekend. De coördinator voor bevorderingspedagogiek presteert werkelijk ten minste 19 uren van 60 minuten per week bij één inrichtende macht.

De wekelijkse werktijd mag in geen geval 50 uur overschrijden. »

HOOFDSTUK 13. — *Wijziging van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum*

Art. 39. In artikel 33 van het decreet van 14 december 1998 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd vrij onderwijs en van het gesubsidieerd vrij PMS-centrum, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt aangevuld met een bepaling onder g), luidende :

« g) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het zesde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 40. Artikel 35, § 1, tweede lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt aangevuld met de volgende zin :

« Indien de kandidaat zijn voorrang in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek wil doen gelden, worden ook de dienstdagen in een ander ambt van een andere categorie waarvoor hij het vereiste bekwaamheidsbewijs bezit, in aanmerking genomen. »

Art. 41. In artikel 49, § 1, van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een bepaling onder g), luidende :

« g) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 23 juni 2008 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden na de woorden "in het gewoon basisonderwijs" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd;

4° in het vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 5 mei 2014 en 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 42. In artikel 53, vierde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "basisonderwijs" en het woord "geen" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd.

Art. 43. In artikel 62.7 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het getal "78" vervangen door de woorden "79, 80, eerste lid, 2°";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "De bepalingen van § 1" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 62.6, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 80, met uitzondering van het eerste lid, 1°".

Art. 44. In artikel 62.9 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "Tijdens de aanstelling ontvangt het departementshoofd" vervangen door de woorden "Tijdens de uitoefening van het ambt ontvangt het departementshoofd";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "een personeelslid" vervangen door de woorden "een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid".

Art. 45. In artikel 62.21, tweede lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de woorden "artikel 62.7, § 1, eerste lid," vervangen door de woorden "artikel 62.7, § 1, eerste lid, en § 2, eerste lid,".

Art. 46. In artikel 69.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het getal "78" vervangen door de woorden "79, 80, eerste lid, 2°";

2° in § 2, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 25 mei 2009, worden de woorden "Paragraaf 1 geldt" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 69.5, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 80, met uitzondering van het eerste lid, 1°, gelden".

Art. 47. In artikel 69.8 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 25 juni 2007 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, gewijzigd bij het decreet van 11 mei 2009, en tweede lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009, worden de woorden "de aanstelling" vervangen door de woorden "de uitoefening van zijn ambt";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Gaat het om een personeelslid, dan verkrijgt het." vervangen door de woorden "Gaat het om een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid dat als inrichtingshoofd wordt aangewezen, dan verkrijgt het".

Art. 48. Titel IV van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een artikel 119.10, luidende :

« Art. 119.10 Artikel 33, eerste lid, 5°, g), en artikel 49, § 1, eerste lid, 5°, g), zijn niet van toepassing op personeelsleden die op 31 augustus 2017 voldoen aan de voorrangsregel vermeld in artikel 35 voor het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs. »

HOOFDSTUK 14. — Wijziging van het decreet van 25 juni 2001 over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling

Art. 49. In artikel 1 van het decreet van 25 juni 2001 over bijzondere maatregelen in verband met de lerarenambten en houdende aanpassing van de bezoldigingsregeling worden de woorden "in het secundair onderwijs met volledig leerplan, in het secundair onderwijs met beperkt leerplan of in de voortgezette schoolopleiding" vervangen door de woorden "in het onderwijs".

Art. 50. In artikel 5 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de woorden "in het basisonderwijs, in het secundair onderwijs met volledig leerplan, in het secundair onderwijs met beperkt leerplan of in de voortgezette schoolopleiding" vervangen door de woorden "in het onderwijs".

HOOFDSTUK 15. — Wijziging van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003

Art. 51. Artikel 11.4 van het decreet van 30 juni 2003 houdende dringende maatregelen inzake onderwijs 2003, ingevoegd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« De ziekteperioden die geen betrekking hebben op de zwangerschap en die een personeelslid opneemt in de zes weken vóór de bevalling, worden, in geval van een daaropvolgende hervatting van het werk vóór de bevalling, niet overgedragen in het postnatale moederschapverlof. In dat geval worden die dagen niet afgetrokken van het aantal ziekteperioden dat het personeelslid met toepassing van dit hoofdstuk ter beschikking staat. Bij geboorten van een meerling gaat het om een periode van acht weken. »

Art. 52. In artikel 11.7, § 2, van hetzelfde decreet, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de laatste zin van het tweede lid wordt het woord "geen" opgeheven;

2° paragraaf 2 wordt aangevuld met een derde en een vierde lid, luidende :

« De arts van het personeelslid en de controlearts proberen in het kader van die beroepsprocedure een gemeenschappelijke beslissing te bereiken. Indien geen overeenstemming wordt bereikt, wijst de controlearts in overleg met de arts van het personeelslid een geneesheer-deskundige aan; die geneesheer-deskundige neemt dan een definitieve beslissing.

De Regering bepaalt de nadere regels voor de beroepsprocedure. »

Art. 53. Artikel 11.7, § 2, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 5 mei 2014, wordt aangevuld met een vijfde lid, luidende :

« De regeling vermeld in het eerste lid eindigt uiterlijk na een periode van vijf jaar die begint te lopen op de eerste dag afwezigheid wegens ziekte die rechtstreeks verband houdt met het vermoedelijk strafbaar feit. »

HOOFDSTUK 16. — Wijziging van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra

Art. 54. In artikel 20, § 1, van het decreet van 29 maart 2004 houdende het statuut van de gesubsidieerde personeelsleden van het gesubsidieerd officieel onderwijs en van de gesubsidieerde officiële psycho-medisch-sociale centra, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° paragraaf 1, eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 16 juli 2012, wordt aangevuld met een bepaling onder f), luidende :

« f) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 55. Artikel 22, tweede lid, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt aangevuld met de volgende zin, luidende :

« Indien de kandidaat zijn voorrang in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek wil doen gelden, worden ook de dienstdagen in een ander ambt van een andere categorie waarvoor hij het vereiste bekwaamheidsbewijs bezit, in aanmerking genomen. »

Art. 56. In artikel 37 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid, 5°, a), vervangen bij het decreet van 23 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

« a) de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° het eerste lid, 5°, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een bepaling onder f), luidende :

« f) indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

3° in het derde lid, ingevoegd bij het decreet van 23 juni 2008 en gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden na de woorden "in het gewoon basisonderwijs" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd;

4° in het zesde lid, ingevoegd bij het decreet van 11 mei 2009 en gewijzigd bij de decreten van 5 mei 2014 en 29 juni 2015, worden tussen het woord "worden" en het woord "in" de woorden "in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek," ingevoegd.

Art. 57. In artikel 41, derde lid, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, worden tussen het woord "basisonderwijs" en het woord "geen" de woorden "of in het ambt van coördinator voor bevorderingspedagogiek" ingevoegd.

Art. 58. In artikel 56.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het getal "76" vervangen door het getal "77";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "De bepalingen uit § 1" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 56.5, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 78, met uitzondering van het eerste lid, 1°".

Art. 59. In artikel 56.8 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "Tijdens de aanstelling als inrichtingshoofd ontvangt deze" vervangen door de woorden "Tijdens de uitoefening van het ambt ontvangt de administratief hoofdsecretaris";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "een personeelslid als inrichtingshoofd" vervangen door de woorden "een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid als administratief hoofdsecretaris".

Art. 60. In artikel 64.6 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het getal "76" vervangen door het getal "77";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "De bepalingen uit § 1" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 64.5, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 78, met uitzondering van het eerste lid, 1°".

Art. 61. In artikel 64.8 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 23 maart 2009 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1 worden de woorden "Tijdens de aanstelling als inrichtingshoofd ontvangt deze" vervangen door de woorden "Tijdens de uitoefening van het ambt ontvangt de directeur van een kunstacademie";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "een personeelslid als inrichtingshoofd" vervangen door de woorden "een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid als directeur van een kunstacademie".

Art. 62. In artikel 64.17 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste lid, wordt het getal "76" vervangen door het getal "77";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden " § 1 geldt" vervangen door de woorden "Paragraaf 1 van dit artikel, artikel 64.16, § 2, eerste lid, 4° en 6°, en derde tot vijfde lid, en artikel 78, met uitzondering van het eerste lid, 1°, gelden".

Art. 63. In artikel 64.19 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 28 juni 2010 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, eerste en tweede lid, worden de woorden "de aanstelling" vervangen door de woorden "de uitoefening van zijn ambt";

2° in § 2, eerste lid, worden de woorden "Gaat het om een personeelslid, dan geniet het" vervangen door de woorden "Gaat het om een in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd personeelslid dat als inrichtingshoofd wordt aangewezen, dan verkrijgt het".

Art. 64. In hoofdstuk XIV van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt een artikel 111*decies* ingevoegd, luidende :

« Art. 111*decies*. Artikel 20, § 1, eerste lid, 5°, f), en artikel 37, eerste lid, 5°, f), zijn niet van toepassing op personeelsleden die op 31 augustus 2017 voldoen aan de voorrangsregel vermeld in artikel 22 voor het ambt van leraar niet-confessionele zedenleer in het lager of secundair onderwijs. »

HOOFDSTUK 17. — *Wijziging van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool*

Art. 65. In artikel 5.15, § 1, eerste lid, 5°, van het decreet van 27 juni 2005 houdende oprichting van een autonome hogeschool, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder *a)* wordt vervangen als volgt :

« *a)* de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° er wordt een bepaling onder *f)* ingevoegd, luidende :

« *f)* indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van docent niet-confessionele zedenleer bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

Art. 66. In artikel 5.31, eerste lid, 5°, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 23 juni 2008 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepaling onder *a)* wordt vervangen als volgt :

« *a)* de drie afwijkingen hebben binnen een periode van hoogstens vijf opeenvolgende schooljaren plaatsgevonden; »

2° er wordt een bepaling onder *f)* ingevoegd, luidende :

« *f)* indien het gaat om een personeelslid dat het ambt van docent niet-confessionele zedenleer bekleedt, beschikt dit personeelslid over het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 15 ECTS-punten in de niet-confessionele zedenleer dat door een hogeschool in de Duitstalige Gemeenschap wordt uitgereikt of over één of meer bewijzen die door de Regering als gelijkwaardig worden erkend; »

Art. 67. Artikel 5.83 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, wordt vervangen als volgt :

« Artikel 5.83 Toelatingsvoorwaarden

Alleen een personeelslid van de hogeschool mag dit ambt bekleden, indien het :

1° voldoet aan de voorwaarden vermeld in artikel 5.15, § 1, eerste lid, met uitzondering van de voorwaarden vermeld in de bepalingen onder 5° en 8°;

2° ten minste een diploma van het hoger onderwijs van de tweede graad bezit;

3° ten minste vijf jaar nuttige beroepservaring heeft;

4° in de laatste beoordelingsstaat of in het laatste evaluatieverslag ten minste de vermelding "goed" heeft gekregen; bij gebrek aan een beoordelingsstaat of evaluatieverslag wordt voorliggende voorwaarde geacht vervuld te zijn;

5° de kandidatuur in de vorm en binnen de termijn heeft ingediend die in de oproep tot de kandidaten zijn vastgelegd.

De nuttige beroepservaring vermeld in het eerste lid, 3°, moet worden opgedaan in het kader van een beroepsactiviteit die verband houdt met het uitgeoefende ambt. Deeltijdse prestaties worden in verhouding tot een voltijdse betrekking aangerekend.

Indien het ambt niet bekleed kan worden door een personeelslid van de hogeschool, mag het bekleed worden door een persoon die voldoet aan de voorwaarden vermeld in het eerste lid. »

Art. 68. In artikel 5.84 van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° het eerste lid wordt vervangen als volgt :

« De inrichtende macht maakt een oproep tot de kandidaten bekend door aanplakking in de hogeschool en in elke andere passende vorm. De oproep bevat het van het departementshoofd vereiste profiel en de doelstellingen die tijdens het mandaat moeten worden bereikt. Indien gebruik wordt gemaakt van de mogelijkheid vermeld in artikel 5.83, derde lid, wordt de oproep ook in de pers bekendgemaakt. »;

2° in het tweede lid worden de woorden "door het personeelslid" opgeheven.

Art. 69. Artikel 5.85, tweede lid, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Hij baseert zich onder andere op de beoordelingsstaten en evaluatieverslagen, het strategie- en actieplan van de kandidaat, de pedagogische kwalificatie, de beroepservaring, het geschiktheidsprofiel en een sollicitatiegesprek. »

Art. 70. In artikel 5.87, § 1, van hetzelfde decreet, vervangen bij het decreet van 27 juni 2011, wordt het woord "3°" vervangen door het woord "5°".

Art. 71. In artikel 5.89 van hetzelfde decreet wordt het woord "worden" vervangen door de woorden "worden, voor zover het om een personeelslid van de hogeschool gaat".

Art. 72. In artikel 5.90 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in het eerste lid worden de woorden "het personeelslid, naast zijn wedde als docent," vervangen door de woorden "het departementshoofd een wedde met toepassing van titel II tot II.2 van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, verhoogd met";

2° tussen het eerste lid en het tweede lid, dat het derde lid wordt, wordt een nieuw tweede lid ingevoegd, luidende :

« Wordt een personeelslid dat in een ander ambt voor onbepaalde duur aangesteld of vast benoemd is als departementshoofd aangewezen, dan ontvangt het, in afwijking van het eerste lid, verder zijn wedde, evenals, ter compensatie, een maandelijks premie die als volgt wordt berekend : $P = X - M$

P = de premie

X = de wedde vermeld in het eerste lid

M = de maandelijks brutowedde van het personeelslid. »

3° In het tweede, derde en vierde lid, vervangen bij het decreet van 29 juni 2015, die het derde, vierde en vijfde lid worden, wordt het woord "premie" vervangen door de woorden "premie vermeld in het eerste en het tweede lid".

Art. 73. In artikel 5.91 van hetzelfde decreet worden de woorden "bekleedt het personeelslid na het einde van het mandaat opnieuw zijn ambt als docent" vervangen door de woorden "bekleedt het personeelslid, voor zover het gaat om een vast benoemd of voor een doorlopende duur tijdelijk aangesteld personeelslid van de hogeschool, na het einde van het mandaat opnieuw zijn vorige ambt."

Art. 74. In artikel 6.7 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in § 1, derde lid, vervangen bij het decreet van 25 mei 2009 en gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de jaartallen "2016-2017" vervangen door de jaartallen "2017-2018";

2° in § 1, vijfde lid, ingevoegd bij het decreet van 16 januari 2012, worden na het woord "docent" de volgende woorden ingevoegd : ", alsook 1,6 betrekkingen voor het ambt van docent in de sanitaire en verpleegkundige wetenschappen".

Art. 75. Titel 9 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een artikel 9.11*sexies*, luidende :

« Art. 9.11*sexies*. Artikel 5.15, § 1, eerste lid, 5°, *f*), en artikel 5.31, eerste lid, 5°, *f*), zijn niet van toepassing op personeelsleden die op 31 augustus 2017 voldoen aan de voorrangregel vermeld in artikel 5.17 voor het ambt van docent niet-confessionele zedenleer. »

HOOFDSTUK 18. — *Wijziging van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake onderwijs 2006*

Art. 76. Artikel 115.1 van het decreet van 26 juni 2006 houdende maatregelen inzake onderwijs 2006, ingevoegd bij het decreet van 5 mei 2014, wordt aangevuld met een paragraaf 3, luidende :

« § 3. In afwijking van artikel 14, 2°, van het koninklijk besluit van 29 augustus 1966 houdende het statuut van de leden van het administratief personeel en van het meesters-, vak- en dienstpersoneel van de rijksinrichtingen voor kleuteronderwijs, voor lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs, benoemt de Regering, met toepassing van § 1, tweede lid, en § 2, op 1 oktober 2017 personeelsleden van het administratief personeel in betrekkingen die op dat ogenblik vacant zijn, als ze voldoen aan de voorwaarden vermeld in § 1, eerste lid, 1° tot 3°. »

HOOFDSTUK 19. — *Wijziging van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep*

Art. 77. In bijlage II van het decreet van 21 april 2008 houdende valorisatie van het lerarenberoep, vervangen bij het decreet van 16 juli 2012 en laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 1° worden de woorden "31 december 2018" vervangen door de woorden "31 december 2017";

2° er wordt een bepaling onder 2.1 ingevoegd, luidende :

« 2.1. Voor de periode van 1 januari 2018 tot 31 december 2018

Weddeschalen - Bedragen in euro

Weddeschaal - leeftijdsklasse 18 jaar

Werkman
Onderhoudswerkman
Hulpkok
13.862,41 - 15.763,35
03 (1) × 122,20
02 (2) × 65,37
10 (2) × 140,36

Eerste vakman
Eerste geschoold onderhoudswerkman
Eerste kok
14.454,85 - 19.308,81
03 (1) × 157,43
05 (2) × 248,67
08 (2) × 392,29

Vakman
Geschoold onderhoudswerkman
Kok
14.350,11 - 18.657,98
03 (1) × 157,44
05 (2) × 218,79
06 (2) × 299,83
02 (2) × 471,31
Eerste vakman-ploegbaas
Eerste geschoold onderhoudswerkman
Ploegbaas
Eerste kok - teamchef
14.973,19 - 20.416,26
03 (1) × 245,75
05 (2) × 313,50
08 (2) × 392,29 »

3° de bepaling onder 3° wordt vervangen als volgt :
"3° vanaf 1 januari 2019

Weddeschalen - Bedragen in euro

Weddeschaal - leeftijdsklasse 18 jaar

Werkman
Onderhoudswerkman
Hulpkok
14.002,43 - 15.922,58
03 (1) × 123,43
02 (2) × 66,03
10 (2) × 141,78

Vakman
Geschoold onderhoudswerkman
Kok
14.495,06 - 18.846,44
03 (1) × 159,03
05 (2) × 220,99
06 (2) × 302,86
02 (2) × 476,09

Eerste vakman
Eerste geschoold onderhoudswerkman
Eerste kok
14.600,86 - 19.503,85
03 (1) × 159,03
05 (2) × 251,18
08 (2) × 396,25

Eerste vakman-ploegbaas
Eerste geschoold onderhoudswerkman
Ploegbaas
Eerste kok - teamchef
15.124,43 - 20.622,47
03 (1) × 248,23
05 (2) × 316,67
08 (2) × 396,25 »

HOOFDSTUK 20. — Wijziging van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs

Art. 78. In artikel 69 van het decreet van 23 maart 2009 betreffende de organisatie van het deeltijdse kunstonderwijs, gewijzigd bij het decreet van 24 juni 2013, worden de jaartallen "2016-2017" vervangen door de jaartallen "2020-2021".

HOOFDSTUK 21. — Wijziging van het decreet van 11 mei 2009 over het centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leerproblemen in de gewone en gespecialiseerde scholen

Art. 79. In artikel 6, 6°, van het decreet van 11 mei 2009 over het Centrum voor bevorderingspedagogiek, ter verbetering van de gespecialiseerde pedagogische ondersteuning in de gewone en gespecialiseerde scholen, evenals ter aanmoediging van de ondersteuning van leerlingen met een beperking of met aanpassings- of leerproblemen in de gewone en gespecialiseerde scholen worden de woorden "van de gewone scholen en" vervangen door de woorden "van de gewone scholen, de gespecialiseerde scholen en".

HOOFDSTUK 22. — Wijziging van het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009

Art. 80. In het decreet van 25 mei 2009 over maatregelen inzake onderwijs en opleiding 2009 wordt het opschrift van hoofdstuk I vervangen als volgt :

« HOOFDSTUK 1. — *Erkenning van beroepskwalificaties voor gereguleerde beroepen in het onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap in het kader van de Europese richtlijn 2005/36/EG* »

Art. 81. Het opschrift van hoofdstuk I, afdeling 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« *Afdeling 1. — Algemene bepalingen* »

Art. 82. Artikel 1 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Artikel 1. Omzetting van de Richtlijn

Dit hoofdstuk voorziet in de gedeeltelijke omzetting van de richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties voor de gereguleerde beroepen in de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinstellingen.

De Richtlijn legt de voorschriften vast volgens welke de Duitstalige Gemeenschap, die de toegang tot een gereguleerd beroep in de door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinstellingen of de uitoefening ervan aan het bezit van bepaalde beroepskwalificaties verbindt, voor de toegang tot dat beroep en de uitoefening ervan in de Duitstalige Gemeenschap de beroepservaringen verworven in een of meerdere andere lidstaten erkent die de houder het recht geven in de Duitstalige Gemeenschap hetzelfde beroep uit te oefenen. »

Art. 83. Artikel 2 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 2. Definities

§ 1. Voor de toepassing van dit hoofdstuk wordt verstaan onder :

1° aanpassingsstage : de uitoefening van een gereguleerd beroep onder verantwoordelijkheid van een gekwalificeerde beoefenaar van het betrokken beroep, eventueel gekoppeld aan een aanvullende opleiding. De stage wordt beoordeeld. De nadere regels voor de aanpassingsstage en de beoordeling alsmede de status van de migrerende stagiair worden door de Regering vastgesteld;

2° aanvrager : onderdaan van een lidstaat die zijn beroepskwalificaties in een andere lidstaat dan België heeft verworven of onderdaan van een derde land die onder het toepassingsgebied van de richtlijn valt en die de erkenning aanvraagt;

3° opleidingstitels : diploma's, certificaten of andere bekwaamheidsbewijzen die door een volgens de wettelijke of bestuursrechtelijke bepalingen van een lidstaat aangewezen autoriteit afgegeven zijn ter afsluiting van een overwegend in de Europese Gemeenschap gevolgde beroepsopleiding. Wanneer de eerste zin niet van toepassing is, worden de in paragraaf 2 bedoelde opleidingstitels met de hier genoemde opleidingstitels gelijkgesteld;

4° beroepservaring : daadwerkelijke en geoorloofde voltijdse of gelijkwaardige deeltijdse uitoefening van het betrokken beroep in een lidstaat;

5° beroepskwalificaties : kwalificaties die worden gestaafd door een opleidingstitel, een bekwaamheidsattest zoals bedoeld in artikel 13, a), eerste streepje, van de wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

6° derde land : een Staat waarop de richtlijn niet van toepassing is;

7° proeve van bekwaamheid : een controle van de beroepskennis, beroepsvaardigheden en beroepscompetenties van de aanvrager, die door de Regering wordt verricht of erkend en die tot doel heeft te beoordelen of de aanvrager de bekwaamheid bezit om in de Duitstalige Gemeenschap een gereguleerd beroep uit te oefenen.

Ten behoeve van deze controle stelt de Regering op basis van een vergelijking tussen de in de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleiding en de opleiding die de aanvrager heeft ontvangen, een lijst op van de vakgebieden die niet bestreken worden door het diploma of de andere opleidingstitel(s) waarover de aanvrager beschikt.

Bij de proeve van bekwaamheid moet in aanmerking worden genomen dat de aanvrager in de lidstaat van oorsprong of herkomst een gekwalificeerde beroepsbeoefenaar is. De proef heeft betrekking op vakgebieden die worden gekozen uit die welke op de lijst staan en waarvan de kennis een wezenlijke voorwaarde is om het beroep in kwestie in de Duitstalige Gemeenschap te kunnen uitoefenen. Deze proef kan ook betrekking hebben op de kennis van de deontologie die in de Duitstalige Gemeenschap op de betrokken activiteiten van toepassing is.

De nadere regelingen voor de proeve van bekwaamheid, alsook de status van de aanvrager die zich op de proeve van bekwaamheid in de Duitstalige Gemeenschap wil voorbereiden, worden vastgesteld door de Regering;

8° vakgebieden die wezenlijk verschillen : vakgebieden waarvan de kennis en de vaardigheden en competenties van essentieel belang zijn voor de uitoefening van het beroep en waarvoor de door de aanvrager ontvangen opleiding qua inhoud wezenlijk afwijkt van de door de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleiding;

9° wet : wet van 12 februari 2008 tot instelling van een algemeen kader voor de erkenning van EU-beroepskwalificaties;

10° lidstaat van oorsprong : een andere lidstaat of meerdere andere lidstaten waar de aanvrager zijn beroepskwalificaties verworven heeft;

11° IMI : het Informatiesysteem interne markt in de zin van de Verordening (EU) nr. 1024/2012 van het Europees Parlement en de Raad van 25 oktober 2012 betreffende de administratieve samenwerking via het Informatiesysteem interne markt en tot intrekking van Beschikking 2008/49/EG van de Commissie ("de IMI-verordening");

12° conformiteitsattest : administratieve beslissing die bevestigt dat een in een andere lidstaat toegekende beroepskwalificatie toegang verleent tot één of meer ambten vermeld in 14°;

13° lidstaat : lidstaat van de Europese Unie, alsook de andere Staten waarop de richtlijn van toepassing is;

14° gereguleerde beroepen : alle ambten als bedoeld in de artikelen 6 tot 10 van het koninklijk besluit van 2 oktober 1968 tot vaststelling en rangschikking van de ambten der leden van het bestuurs- en onderwijzend personeel, van het opvoedend hulppersoneel, van het paramedisch en psychosociaal personeel bij de inrichtingen voor kleuteronderwijs, lager, gespecialiseerd, middelbaar, technisch, kunst- en normaalonderwijs van de Staat, en van de ambten der leden van de inspectiedienst belast met het toezicht op deze inrichtingen, alsook alle ambten als bedoeld in artikel 6.2 van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren;

15° richtlijn : richtlijn 2005/36/EG van het Europees Parlement en de Raad van 7 september 2005 betreffende de erkenning van beroepskwalificaties.

§ 2 - Met een opleidingstitel wordt gelijkgesteld elke in een derde land afgegeven opleidingstitel, wanneer de houder ervan in het betrokken beroep een beroepservaring van drie jaar heeft op het grondgebied van de lidstaat die de betrokken opleidingstitel heeft erkend en indien de lidstaat deze beroepservaring bevestigt. »

Art. 84. In hoofdstuk 1 van hetzelfde decreet wordt een nieuwe afdeling 2 ingevoegd die de artikelen 3 en 6 bevat, luidende :

« *Afdeling 2.* — Uitreiking van conformiteitsattesten voor ambten in het onderwijs »

Art. 85. Artikel 3 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 3. Aanvraagprocedure

§ 1. Om een conformiteitsattest te krijgen, dient de aanvrager bij de Regering een aanvraag in die minstens de volgende gegevens bevat :

1° het aanvraagformulier;

2° een nationaliteitsbewijs;

3° een kopie van de bekwaamheidsbewijzen of van de opleidingstitel die toegang verleent tot het beroep in kwestie, alsook het bijbehorende diplomasupplement, indien voorhanden;

4° een verklaring opgesteld door een bevoegde autoriteit van de lidstaat waar de beroepskwalificatie werd gevolgd en waaruit blijkt dat de aanvrager gemachtigd is de wettelijke titel van de beroepskwalificatie, met de eventuele afkorting ervan, te dragen;

5° attesten van de relevante beroepservaring die de persoon in kwestie verworven heeft;

6° een attest dat de uitoefening van het beroep niet tijdelijk of definitief verboden werd en dat het uittreksel uit het strafregister vermeld in artikel 596, tweede lid, van het Strafwetboek of een vergelijkbaar bewijs van goed gedrag geen vermeldingen bevat.

Indien de aanvrager het in 4° vermelde document niet kan verstrekken, richt de Regering zich tot het contactpunt, de bevoegde autoriteit of een andere relevante bevoegde instantie van de lidstaat van oorsprong.

De Regering kan de aanvrager om informatie over zijn opleiding vragen, voor zover dat noodzakelijk is om vast te stellen of die opleiding eventueel wezenlijk verschilt van de in de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleiding zoals bedoeld in artikel 13 van de wet.

De Regering heeft het recht bijkomende documenten en informatie op te vragen.

Indien de door de aanvrager ingediende stukken niet in het Duits, het Engels, het Frans of het Nederlands opgesteld zijn, kan de Regering eisen dat de aanvrager de stukken in één van die vier talen laat vertalen door een beëdigde vertaler die in één van de lidstaten gevestigd is. Op het originele exemplaar van de vertaling wordt het stempel van een rechtbank van eerste aanleg aangebracht.

De Regering bevestigt de aanvrager binnen een maand dat ze de aanvraag ontvangen heeft en deelt hem in voorkomend geval mee welke stukken ontbreken.

In geval van gegronde twijfel kan de Regering de bevoegde autoriteit van een lidstaat vragen om bevestiging van de echtheid van de in die lidstaat afgegeven getuigschriften en opleidingstitels.

§ 2. Het aanvraagformulier bevat ten minste de volgende gegevens :

1° de naam en de voornaam van de aanvrager;

2° de geboortedatum en -plaats;

3° de nationaliteit;

4° het contactadres;

5° de normale studieduur van de afgesloten beroepskwalificatie;

6° de precieze benaming van de opleidingstitels;

7° in voorkomend geval het bewijs van stages;

8° de beroepservaring;

9° het ambt dat de aanvrager mag uitoefenen in de lidstaat van oorsprong met desgevallend de daaraan verbonden vakken, specialisaties en studie jaren;

10° de wettelijke titel van de beroepskwalificatie, met de eventuele afkorting ervan, verleend in de lidstaat van oorsprong, evenals de naam en plaats van de onderwijsinstelling of van de examencommissie die deze titel heeft verleend. »

Art. 86. Artikel 4 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 4. Uitreiking van het conformiteitsattest

§ 1. Na onderzoek van de aanvraag neemt de Regering één van de volgende beslissingen :

1° een conformiteitsattest wordt afgeleverd;

2° een conformiteitsattest wordt niet afgeleverd, omdat de aanvrager de in artikel 5 vermelde en vastgestelde tekorten moet wegwerken via de compenserende maatregelen vermeld in datzelfde artikel;

3° een conformiteitsattest wordt niet afgeleverd, omdat de erkenningsvoorwaarden van afdeling 1 niet vervuld zijn.

De Regering neemt één van de in het eerste lid vermelde beslissingen binnen een termijn van twee maanden die aanvangt op het moment dat het dossier volledig is. De beslissing wordt met redenen omkleed.

§ 2. De aanvrager ontvangt een conformiteitsattest, zodra de tekorten vastgesteld overeenkomstig artikel 5 weggewerkt zijn via de compenserende maatregelen vermeld in datzelfde artikel. »

Art. 87. Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 5. Tekorten en compenserende maatregelen

§ 1. Overeenkomstig artikel 16 van de wet kan de Regering in een van de volgende gevallen eisen dat de aanvrager een proeve van bekwaamheid aflegt of een aanpassingsstage van ten hoogste drie jaar doorloopt :

1° wanneer de door hem gevolgde opleiding betrekking heeft op vakken die wezenlijk verschillen van die welke worden bestreken door de in de Duitstalige Gemeenschap vereiste opleidingstitel;

2° wanneer er wezenlijke verschillen in de beroepsinhoud bestaan.

§ 2. Indien de Regering van de mogelijkheid van § 1 gebruik maakt, dan heeft de aanvrager de keuze tussen een aanpassingsstage en een proeve van bekwaamheid. Kiest de aanvrager voor de proeve van bekwaamheid, dan organiseert de Regering de proeve van bekwaamheid binnen een termijn van zes maanden na de schriftelijke kennisgeving van die beslissing.

Voor de proeve van bekwaamheid of, naargelang van het geval, de aanpassingsstage kunnen ten hoogste 1.000 euro kosten worden aangerekend aan de aanvrager. »

Art. 88. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 6. Conformiteitsattest

Het conformiteitsattest bevat de redenen waarom de aanvrager onder het toepassingsgebied van de richtlijn valt.

Het conformiteitsattest bevat ten minste de volgende gegevens :

1° de naam en de voornaam van de aanvrager;

2° de geboortedatum en -plaats;

3° de nationaliteit;

4° de precieze benaming van de opleidingstitels;

5° het ambt dat de aanvrager mag uitoefenen in de Duitstalige Gemeenschap met de daaraan verbonden vakken, specialisaties en studiejaren;

6° de wettelijke titel van de opleiding, met de eventuele afkorting ervan, verleend in de lidstaat van oorsprong, evenals de naam en plaats van de onderwijsinstelling of van de examencommissie die deze titel heeft verleend;

7° de datum van de uitreiking van het conformiteitsattest.

Het conformiteitsattest wordt bekleed met het zegel van de Duitstalige Gemeenschap. »

Art. 89. In hoofdstuk 1 van hetzelfde decreet wordt een nieuwe afdeling 3 ingevoegd, die artikel 7 bevat, luidende :

« *Afdeling 3. — Waarschuwingsmechanisme* »

Art. 90. Artikel 7 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

« Art. 7. Waarschuwingsmechanisme

De Regering brengt de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten op de hoogte van een beroepsbeoefenaar van een door de Duitstalige Gemeenschap georganiseerde of gesubsidieerde onderwijsinstelling die van een autoriteit van de Duitstalige Gemeenschap of van een rechtbank een beperking of verbod, ook tijdelijk, gekregen heeft op het uitoefenen van zijn beroepsactiviteiten of een gedeelte daarvan op het Belgische grondgebied.

De Regering zendt de in het eerste lid bedoelde informatie door middel van een waarschuwing via het IMI binnen drie dagen na het nemen van het besluit. Deze informatie blijft beperkt tot het volgende :

1° de identiteit van de beroepsbeoefenaar;

2° het betreffende beroep;

3° informatie over de autoriteit of rechtbank die het besluit tot beperking of verbod heeft genomen;

4° de reikwijdte van de beperking of het verbod;

5° de periode gedurende welke de beperking of het verbod van kracht is.

Overeenkomstig artikel 27/1, paragraaf 1, van de wet stelt de Regering de bevoegde autoriteiten van alle andere lidstaten binnen drie dagen nadat de rechtbank het besluit heeft genomen, door middel van een waarschuwing via het IMI in kennis van de identiteit van beroepsbeoefenaars die krachtens de richtlijn een aanvraag tot erkenning van een kwalificatie op het gebied van de opvoeding van minderjarigen hebben ingediend en die daarna in dit verband door een rechtbank schuldig zijn bevonden aan het gebruik van valse bewijzen van beroepskwalificaties.

De verwerking van persoonsgegevens voor de uitwisseling van gegevens zoals bedoeld in het eerste en het derde lid geschiedt overeenkomstig de bepalingen van de wet van 8 december 1992 tot bescherming van de persoonlijke levenssfeer ten opzichte van de verwerking van persoonsgegevens en de wet van 24 augustus 2005 tot omzetting van verschillende bepalingen van de richtlijn financiële diensten op afstand en van de richtlijn privacy en elektronische communicatie.

De Regering die de informatie overeenkomstig het eerste lid verstrekt, deelt de bevoegde autoriteiten van alle lidstaten zo snel mogelijk zowel de einddatum van de geldigheidsduur als een eventuele wijziging daarvan mee.

De Regering stelt de betrokken beroepsbeoefenaars tegelijk met de kennisgeving van de andere lidstaten in kennis van de overzending van de waarschuwing. Indien de beroepsbeoefenaar over wie een waarschuwing naar de andere lidstaten wordt verzonden, overeenkomstig artikel 27/1, paragraaf 3, van de wet beroep instelt tegen dat besluit of om rectificatie van dat besluit verzoekt, wordt het waarschuwingsbesluit aangevuld met de verwijzing dat de beroepsbeoefenaar rechtsmiddelen tegen het besluit heeft gebruikt.

Waarschuwingen worden binnen drie dagen nadat het besluit tot intrekking is genomen of zodra het verbod of de beperking als bedoeld in het eerste lid afloopt, gewist. »

Art. 91. De huidige afdeling 2 en de artikelen 8 tot 11 van hetzelfde decreet worden opgeheven.

HOOFDSTUK 23. — *Wijziging van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling*

Art. 92. In artikel 20, § 2, eerste lid, van het decreet van 25 juni 2012 over de onderwijsinspectie en het adviespunt voor schoolontwikkeling worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 6° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma;

2° er wordt een bepaling onder 7° ingevoegd, luidende :

« 7° indien op het evaluatieverslag de vermelding "onvoldoende" als eindconclusie staat. »

HOOFDSTUK 24. — *Wijziging van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren*

Art. 93. In artikel 4.11, § 2, eerste lid, 1°, van het decreet van 31 maart 2014 betreffende het centrum voor de gezonde ontwikkeling van kinderen en jongeren wordt de bepaling onder d) vervangen als volgt :

« "d) de minderjarige kinderen of jongeren die het nodige beoordelingsvermogen bezitten, de personen belast met de opvoeding van het minderjarige kind of van de minderjarige jongere resp. de meerderjarige jongeren hebben vóór die doorgifte daarmee ingestemd en worden onmiddellijk van die doorgifte in kennis gesteld, behalve indien dit het belang van het kind of de jongere schaadt; »

Art. 94. In artikel 6.3 van hetzelfde decreet, laatstelijk gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2017, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° § 1, 8°, wordt vervangen als volgt :

« 8° adviseur voor vroegkinderlijke ontwikkeling :

a) graduaat of bachelor in de verpleegkunde;

b) graduaat of bachelor als vroedkundige; »

2° het artikel wordt aangevuld met een § 5, luidende :

« § 5. De in een lidstaat van de Europese Unie uitgereikte studiegetuigschriften worden als vereiste bekwaamheidsbewijzen beschouwd, wanneer ze van een door de Regering uitgereikt conformiteitsattest of van een door de Regering uitgereikte erkenning vergezeld zijn. »

Art. 95. Artikel 6.8 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een vierde lid, luidende :

« Onverminderd het eerste lid geldt de in hetzelfde lid vermelde verplichting om voortgezette opleidingen te volgen niet voor opstellers. »

Art. 96. Artikel 6.15, derde lid, van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

Art. 97. In artikel 6.18, eerste lid, van hetzelfde decreet worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° in de bepaling onder 5° wordt de punt op het einde van de zin vervangen door een komma-punt;

2° het artikel wordt aangevuld met een bepaling onder 6°, luidende :

« 6° het levert in het ambt van adviseur voor vroegkinderlijke ontwikkeling het bewijs van het bestaan van een aanvullende opleiding van ten minste 10 ECTS-punten op het gebied van systemisch advies. »

Art. 98. Artikel 6.32, eerste lid, 5°, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de volgende zin :

« voor het ambt van adviseur voor vroegkinderlijke ontwikkeling aanvullend het bewijs geleverd hebben van het bestaan van een aanvullende opleiding vermeld in artikel 6.18, 6°, »

Art. 99. Artikel 6.55 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 20 juni 2016, wordt aangevuld met een derde lid, luidende :

« In afwijking van het eerste lid kan de vervanging op om het even welk tijdstip in het schooljaar en in om het even welk ambt plaatsvinden. »

Art. 100. In artikel 6.99 van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 29 juni 2015, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de bepalingen onder 3° en 4° worden vervangen als volgt :

« 3° in samenwerking met artsen en via de scholen medische en preventieve onderzoeken organiseren en uitvoeren in de lokale vestiging, op school, in preventiediensten en zo nodig in het kader van huisbezoeken;

4° bij besmettelijke ziekten profylactische maatregelen in de schoolomgeving nemen; »

2° de bepaling onder 7° wordt vervangen als volgt :

« 7° de bewustwording van kinderen en jongeren, personen belast met de opvoeding en familie, alsook personeelsleden van de onderwijsinstellingen bevorderen door activiteiten voor gezondheids promotie te organiseren en uit te voeren; »

Art. 101. Artikel 7.2 van hetzelfde decreet wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

« Indien het betrekkingenpakket voor coördinatoren naar aanleiding van verloven niet volledig benut wordt, kan het resterende betrekkingenpakket voor het schooljaar in kwestie bij het betrekkingenpakket gevoegd worden dat overeenkomstig artikel 7.5 is vastgelegd. Dat overgehevelde betrekkingenpakket kan niet gebruikt worden voor een definitieve benoeming. »

Art. 102. In artikel 10.10 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij de decreten van 29 juni 2015 en 20 juni 2016, wordt de datum "1 september 2017" vervangen door de datum "1 september 2018".

HOOFDSTUK 25. — *Inwerkingtreding*

Art. 103. Dit decreet treedt in werking op 1 september 2017, met uitzondering van :

1° de artikelen 2, 3, 79 en 99, die uitwerking hebben met ingang van 1 september 2016;

2° de artikelen 80 tot 91, die in werking treden op de dag waarop dit decreet wordt aangenomen;

3° de artikelen 26, 34, 35 en 67 tot 73, die in werking treden op 1 juli 2017;

4° artikel 5, 2°, artikel 7, 2°, artikel 14, artikel 17, artikel 21, artikel 39, 2°, artikel 41, 2°, artikel 48, artikel 54, 2°, artikel 56, 2°, artikel 64, artikel 65, 1°, artikel 66, 1°, artikel 75, artikel 77, artikel 94, 1°, artikel 96, artikel 97 en artikel 98, die in werking treden op 1 januari 2018.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 26 juni 2017.

O. PAASCH

De Minister-President

I. WEYKMANS

De Viceminister-President, Minister van Cultuur, Werkgelegenheid en Toerisme

A. ANTONIADIS

De Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

H. MOLLERS

De Minister van Onderwijs en Wetenschappelijk Onderzoek

Nota

(1) *Zitting 2016-2017.*

Parlementaire stukken : 182 (2016-2017), nr. 1. Ontwerp van decreet.

182 (2016-2017), nr. 2-4. Voorstellen tot wijziging.

182 (2016-2017), nr. 5. Verslag.

182 (2016-2017), nr. 6. Voorstellen tot wijziging van de door de commissie aangenomen tekst.

Integraal verslag : 26 juni 2017, nr. 40. Bespreking en aanneming.